


105. Sitzung, Montag, 7. April 1997, 14.30 Uhr

 Vorsitz: *Esther Holm (Grüne, Horgen)*
Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen Seite 7460
 - Fraktions- und persönliche Erklärungen
 - *Erklärung der LdU-Fraktion zur Auflösung des Sektors Kindergarten in der pädagogischen Abteilung der Erziehungsdirektion Seite 7460*
 - *Persönliche Erklärung Peter Grau (SD, Zürich) zum Thema 1 Mai und Sicherheit Seite 7461*
 - *Erklärung der FDP- und SVP-Fraktion zu den Ausschreitungen im Zürcher Niederdorf Seite 7462*
 - *Erklärung der SP-Fraktion zu den Ausschreitungen im Zürcher Niederdorf Seite 7463*
 - *Dringlicherklärung einer Interpellation Seite 7464*
5. **Postulat KR-Nr. 191/1988 betreffend die Förderung der qualitativen Weiterentwicklung der Zürcher Wirtschaft (Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 27. Januar 1993) 3295**
 - Seite 7468
6. **Postulate KR-Nr. 330/1992 betreffend Abbau von Wirtschaftshemmnissen, KR-Nr. 331/1992 betreffend Liberalisierungs- und Vitalisierungsprogramm, KR-Nr. 125/1993 betreffend Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität des Kantons Zürich und KR-Nr. 174/1995 betreffend Massnahmen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Zürich** (Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 9. Februar 1996 und gleichlautender Antrag der Kommission vom 30. Januar 1997) 3492 Seite 7468

7. **Parlamentarische Initiative Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich), Lucius Dürri (CVP, Zürich) und Markus Werner (CVP, Dällikon), vom 8. Juli 1996 betreffend Schaffung eines Gesetzes über die kantonale Wirtschaftsförderung** (schriftlich begründet)
 KR-Nr. 215/1996 Seite 7468
21. **Motion Lucius Dürri (CVP, Zürich), Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich) und Markus Werner (CVP, Dällikon) vom 8. Juli 1996 betreffend Förderung der Klein und Mittelunternehmen (schriftlich begründet)**
 KR-Nr. 213/1996, RRB-Nr. 203/29.1.1997(Stellungnahme)
 Seite 7468

Verschiedenes

– *Neu eingereichte Parlamentarische Vorstösse* Seite 7516

1. Mitteilungen

Ratspräsidentin Esther Holm: Als ich Ihnen heute Morgen sagte, wir würden erst heute Nachmittag entscheiden, ob wir die Beratungen über das Mittelschulgesetz verschieben wollen, war ich der irrigen Meinung, der Kantonsratsweil könnte Sie milder stimmen. Ich habe in der Zwischenzeit, unter anderem auch von meiner eigenen Fraktion, erfahren, dass man die Vorlage lieber bereits am nächsten Montag beraten würde, als diese zu verschieben. Anscheinend sind auch meine Argumente nicht übergekommen. Man ist der Meinung, Fraktionen und Kommission hätten ihre Arbeit getan. Das denke ich auch, doch habe ich gedacht, man könnte dem Regierungsrat etwas mehr Zeit lassen, auf seine starre Haltung zurückzukommen und zu prüfen, ob die Vorwürfe, die aufgetaucht sind, wirklich haltlos sind. Doch habe ich gemerkt, dass Sie das Gesetz jetzt behandeln wollen. Also verschieben wir es nicht, behandeln wir es und legen es dann – falls es soweit kommt – dem Stimmbürger vor.

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Erklärung der LdU-Fraktion

Helen Kunz (LdU, Opfikon) gibt folgende Fraktionserklärung ab: Mit grossem Unverständnis und noch grösserer Verärgerung hat die LdU-

Fraktion vom neusten Schnellschuss unseres Erziehungsdirektors erfahren, nämlich dass der Sektor Kindergarten in der pädagogischen Abteilung der ED (Erziehungsdirektion) bereits auf den 1. April 1997 aufgelöst wurde. Die Fraktion rügt ganz deutlich die Art und Weise des Vorgehens. Einmal mehr werden in der ED Entscheide über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefällt. Damit werden Unruhe, Verunsicherung und Aversionen gestiftet. Wir fordern den Erziehungsdirektor eindringlich auf, die Faktoren Zeit, offene Information unter Miteinbezug der Betroffenen nicht im Namen des NPM (New Public Management) zu missbrauchen. Herr Buschor ist nicht auf einer einsamen Insel – es gibt nämlich noch Menschen rundum. Gut Ding will manchmal Weile haben.

Persönliche Erklärung Peter Grau

Peter Grau (SD, Zürich) gibt folgende Erklärung ab: Am 10. Februar 1997 wurde in diesem Rat von freisinniger Seite eine Diskussion zur gewaltsamen Demonstration in Zürich vereitelt. Dies geschah zur Freude des 1. Mai-Komitees, das auf eine solche Einladung gerade gewartet hatte. Prompt kommt das Komitee nun mit der grössten Provokation in Sachen Demovorbereitung.

Immer mehr, so scheint es, entwickelt sich Zürich zur Drehscheibe und zum Sammelpunkt krimineller Elemente, Drogenhändlern, Schleppern und seit einiger Zeit auch wieder linksextremer Autonomen und alternativer Chaoten. Nach dem 1. Mai 1995, der Chaotendemo, geht nun nebst der Bellevue-Schlacht auch die 1. Mai-Demo von 1996 mit einer Strassenschlacht in die unrühmliche Geschichte der Stadt Zürich ein. Aber davon nicht genug: Je länger je mehr mischen sich ausländische, dilettantische Rebellenorganisationen, wie die Tamil Tigers, die Kurdische Arbeiterpartei PKK, die Rote Armee Fraktion in die hiesigen Demos ein.

Nun will das 1. Mai-Komitee ein Mitglied der peruanischen Terrorgruppe Tupac Amaru als Referent auftreten lassen. Das ist ganz klar eine Provokation und als solche nicht mehr tolerierbar. Angezettelt werden solche Vorhaben von linksextremen Weltverbesserern mit militantem Einschlag. Die Namen sind bekannt, die Parteizugehörigkeit auch. Zu lange hat der Stadtrat von Zürich zugeschaut und den auftretenden Demorowdys freie Bahn gewährt. Das ist unerklärlich.

Wir Schweizer Demokraten fordern die Regierung des Kantons Zürich auf, den Stadtrat ultimativ zu warnen, dass die Demo-

Bewilligungspraxis drastisch geändert werden muss. Der Bürger muss wieder ohne Angst an der 1. Mai-Veranstaltung teilnehmen können. Wir fordern vom Polizeivorstand der Stadt Zürich, dass er die angekündigte Rede eines Sprechers einer Terrororganisation nicht bewilligt. Wir sehen das als eine politische Rede und als staatsgefährdend an. Es ist dafür zu sorgen, dass keine Demobewilligungen mehr ausgegeben werden, bei denen man annehmen kann, dass sie zu Krawallen führen. Wir Schweizer Demokraten erwarten vom Regierungsrat, dass er entsprechende Massnahmen einleitet. Wir fordern weiterhin unverzügliches Einreiseverbot für Anhänger oder Mitglieder der Tupac Amaru.

Erklärung der SVP- und FDP-Fraktionen

Ernst Schibli (SVP, Otelfingen): Namens der SVP- und FDP-Fraktionen gebe ich Ihnen folgende Fraktionserklärung bekannt: Bei den Ausschreitungen vom vergangenen Samstagabend, als rund 100 zum Teil betrunkene Skinheads während Stunden grölend durch das Zürcher Niederdorf marschiert sind, Passanten angerempelt, tätlich angegriffen und verletzt haben, hat die Polizei nicht direkt eingegriffen. Im Zusammenhang mit der Reaktion des verantwortlichen SP-Polizeivorstandes Neukomm stellen die Kantonsratsfraktionen der SVP und der FDP Folgendes fest: Die FDP und die SVP verurteilen jeglichen Extremismus, woher auch immer er kommt. Gewalttätige Chaoten und Rechtsbrecher sind mit aller Schärfe anzupacken und zur Rechenschaft zu ziehen. Es kann nicht angehen, dass die Polizei von ihrem politischen Vorgesetzten bei solchen Vorkommnissen wie am letzten Samstag zum tatenlosen Zusehen verurteilt wird. Das skandalöse Fehlverhalten des Polizeivorstandes ist typisch für die derzeitige rot-grüne Stadtregierung, die auf der ganzen Ebene versagt hat und versucht, die eigene Unfähigkeit und das eigene Scheitern auf andere abzuschieben. SP-Polizeivorstand Neukomm hat es in seiner ganzen bisherigen Tätigkeit als Stadtrat nicht fertiggebracht, ein taugliches Einsatzkonzept für die Stadtpolizei bei gewalttätigen Spontandemonstrationen zu erarbeiten. Er trägt für die Unfälle von Samstag die politische Verantwortung. SP-Polizeivorstand Neukomm will mit seiner skandalösen Schuldzuweisung an Bundesrat Delamuraz und Nationalrat Blocher, die wir in aller Form als haltlos zurückweisen, sein eigenes Versagen cachieren. Er gefährdet mit seiner Politik die Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung in der Stadt Zürich. Die Kantonsratsfraktionen der SVP und der FDP fordern den

städtischen Polizeivorstand auf, die Konsequenzen aus seinen wiederholten Fehlleistungen zu ziehen oder zurückzutreten. Zürich braucht eine fähige Stadtregierung, welche bereit ist, Recht, Sicherheit und Ordnung durchzusetzen. Die Wahlen im nächsten Frühjahr bieten den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Gelegenheit, einen klaren Willen darüber zu äussern.

Erklärung der SP-Fraktion

Willy Spieler (SP, Küsnacht): Zur gemeinsamen Fraktionserklärung der FDP und SVP gebe ich folgende Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion ab:

1. Die Sozialdemokratische Fraktion verurteilt nicht weniger entschieden den Terror, den Skinheads in der Stadt Zürich ausüben, sowie die faschistischen Embleme und die Parolen, mit denen sie an die dunkelste Vergangenheit in der europäischen Geschichte unseres Jahrhunderts erinnern. Gewalt, von welcher Seite auch immer sie kommt, ist im demokratischen Rechtsstaat kein Mittel der Politik. Der Staat hat den Auftrag, das Gewaltsmonopol aufrecht zu erhalten und Verstösse gegen das Antirassismus-Gesetz zu ahnden.
2. Die Führung der Stadtpolizei Zürich ist am vergangenen Samstag ihrer Aufgabe offensichtlich nicht gerecht geworden. Polizeivorstand Neukomm spricht von einer Fehleinschätzung, für die er damit auch die politische Verantwortung übernimmt.
3. Die Frage nach dem politischen Klima, das solchen Gewaltexzessen Vorschub leistet, muss allerdings auch gestellt werden. Dieses Klima wird geprägt durch Feindbilder, an denen auch die von Herrn Neukomm genannten Politiker nicht ganz unbeteiligt sind. Ein solches Feindbild schafft zum Beispiel, wer die Europäische Union (EU) mit dem sogenannten Dritten Reich gleichsetzt, oder wer mit unbedachten Äusserungen den ohnehin virulenten Antisemitismus in diesem Lande schürt.
4. Die Rücktrittsforderung an die Adresse von Herrn Neukomm betrachten wir als Vorwahlgeplänkel. Es ist Sache der Städtzürcherinnen und Städtzürcher zu entscheiden, wer ihre Interessen in der Stadtregierung wahrnehmen soll.
5. Wir ersuchen die demokratischen Kräfte in unserem Kanton, sich auf die gemeinsamen Grundwerte unseres demokratischen Rechts- und Sozialstaates zu besinnen und diese gegen jede Form von physischer und verbaler Gewalt zu verteidigen.

Dringliche Interpellation*Dringlicherklärung einer Interpellation*

Dr. Ruth Gurny Cassee (SP, Maur) und Mitunterzeichnende beantragen Dringlicherklärung folgender Interpellation:

Dringliche Interpellation betreffend Massnahmen der ED zur Realisierung des Gleichstellungsgebots von kommunalen und privaten Heimen.

Wie bekannt wurde, sollen im Zusammenhang mit der Realisierung der finanziellen Gleichbehandlung von privaten und kommunalen Heimen die Versorgertaxen für die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen massiv angehoben werden, um eine für den kantonalen Finanzhaushalt kostenneutrale Lösung realisieren zu können.

Wir gestatten uns, dem Regierungsrat in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu stellen:

1. Was meint der Regierungsrat zu den Befürchtungen, dass ein weiterer Anstieg der Versorgertaxen sozial und pädagogisch indizierte Plazierungsentscheide verzögern oder verhindern könnte?
2. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass der massive Anstieg der Versorgertaxen insbesondere für kleine und finanzschwache Gemeinden eine besondere Belastung darstellt, insbesondere, solange im Kanton Zürich noch kein Soziallastenausgleich realisiert ist?
3. Muss die Anhebung der Mindestversorgertaxen als Beispiel der im Rahmen von NPM angestrebten Marktsteuerung interpretiert werden? Hält der Regierungsrat diese Art von Steuerung der Produktgruppen im Bereich der ausserfamiliären Erziehung für fachlich angemessen?
4. In welchem Verhältnis steht diese kurzfristige Massnahme zu den Anstrengungen im Rahmen des Projektes «Wif!» Nr. 31, das sich mit der Finanzierung der Einrichtung für Kinder und Jugendliche beschäftigt? Sind die durch die angekündigten neuen Versorgertaxen zu erwartenden kurzfristigen Auswirkungen vereinbar mit den Zielsetzungen von «Wif!» Nr. 31, wie sie zu verschiedenen Zeitpunkten dargelegt wurden?

Begründung: Die Finanzierung der Kinder- und Jugendheime im Kanton Zürich erfolgt aufgrund des Gesetzes über die Jugendheime und

die Pflegekinderfürsorge. Gemäss § 7 des Jugendheimgesetzes leistet der Staat den Gemeinden nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Kostenanteile bis zur Hälfte, den privaten Trägern jedoch Kostenanteile bis zur vollen Höhe der beitragsberechtigten Ausgaben. Angesichts dieser Ungleichbehandlung reichte die GPK (Geschäftsprüfungskommission) eine Motion ein (Motion Bachmann, Müller-Hemmi «Finanzielle Gleichbehandlung von kommunalen und privaten Jugendheimen»). In der kantonsrätlichen Debatte vom 3. Juli 1995, die schliesslich zur Überweisung der genannten Motion führte, wurde darauf hingewiesen, dass die Lösung des Problems nicht einfach in einer Nivellierung der Staatsbeiträge nach unten und entsprechend einer unverhältnismässig starken Anhebung der Versorgertaxen bestehen dürfe.

Die Ankündigung des Jugendamtes vom vergangenen Januar, dass Mitte April 1997 die Erziehungsdirektion massiv höhere Mindestversorgertaxen genehmigen wird, die per 1. Januar 1998 in Kraft treten sollen, löste nun in Kreisen der betroffenen Stellen (Jugendsekretariate, Jugendkommissionen, Schulpflegen, Fürsorgekommissionen, Schul- und Jugendheime) eine grosse Beunruhigung aus. Wie bereits in der Kantonsratsdebatte vom 3. Juli 1995 anlässlich der Diskussion um Überweisung der genannten Motion Bachmann/Müller-Hemmi dargelegt wurde, dürfte die Anhebung der Mindestversorgertaxen dazu führen, dass sozial indizierte Plazierungen von Kindern und Jugendlichen in sozialpädagogische Einrichtungen massiv verzögert oder gar verhindert werden. Es ist anzunehmen, dass der finanzpolitisch motivierte Druck auf die Indikationsstellung von Versorgern zunimmt.

Weiter ist zu beachten, dass die vorgeschlagene Taxordnung eine Zwischenlösung darstellt, welche dem «Wif!» Projekt 31 in ungünstiger Weise vorgreift. Erste und dringlichste Aufgabe dieses «Wif!»-Projektes besteht genau darin, eine tragfähige finanzielle Regelung für die sozial- und sonderpädagogischen Angebote im Kanton Zürich zu erarbeiten. Mit der vorgeschlagenen neuen Taxordnung würden nun Sachzwänge geschaffen, die die Effizienz und Effektivität der Jugendhilfe im Kanton Zürich zu torpedieren drohen.

Den Antrag auf Dringlicherklärung begründet die Interpellantin wie folgt:

Ich kann mich sehr kurz halten. Wie Sie gehört haben, kündigte das kantonale Jugendamt vor einigen Wochen an, dass die Taxen, welche die Gemeinden für die Plazierung von Kindern und Jugendlichen in Heimen bezahlen, ansteigen sollen. Die möglichen und von einer breiten Praxis befürchteten negativen Auswirkungen haben wir im Interpellationstext formuliert. Nun wird angekündigt, dass die entsprechende Verfügung von Regierungsrat Buschor Mitte April, das heisst in gut einer Woche, unterzeichnet werden soll. Es ist also der allerletzte Augenblick, um auf politischer Ebene ein Zeichen zu setzen und einen gewissen Druck auszuüben. Wir müssen alles daran setzen, damit die Sache vor Unterzeichnung der entsprechenden Verfügung nochmals überdacht wird. Wir denken, dass es möglich sein sollte, eine akzeptable Übergangslösung zu finden, die nicht nur finanzgerecht, sondern auch sachgerecht ist und insbesondere auch die Arbeit des entsprechenden «Wif!»-Projekts nicht einfach unterläuft und unsinnig macht. Wie gesagt, es ist wirklich der allerletzte Moment, wo wir uns als Parlament noch einschalten können. Deshalb bitte ich Sie sehr um Unterstützung der Dringlichkeit.

Dr. Ulrich E. Gut (FDP, Küssnacht): Ich spreche aus dem Erfahrungshorizont eines Mitglieds einer Bezirksjugendkommission aber auch als Miturheber der Motion der GPK, auf welche sich der Regierungsrat und das Jugendamt in ihren Stellungnahmen zu berufen scheinen. Als Miturheber dieser Motion bin ich sehr besorgt über die Art und Weise, wie diese jetzt umgesetzt werden soll und möchte Sie deshalb bitten, der Dringlicherklärung zuzustimmen.

Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, worum es der GPK damals ging und berufe mich im Wesentlichen auf die Debatte vom 3. Juli 1995: Man hat damals festgestellt, dass bei einem jungen Menschen ein unbefristeter Sozialfall oder eine Straftäterkarriere resultieren kann, wenn der Zeitpunkt für eine Heimplazierung verpasst wird oder wenn die Heimplazierung scheitert, weil das Heim für die Problemlage des betreffenden Jugendlichen ungeeignet ist. Beides wird den Staat teurer zu stehen kommen als ein quantitativ und qualitativ genügendes und zeitgemässes Heimangebot. Es käme teurer als die 16,3 Millionen Franken, die der Regierungsrat damals für den Fall einer Nivellierung nach oben errechnet hatte. Wir wollten damals nicht eine Nivellierung nach unten, das haben wir ausdrücklich gesagt. Der Regierungsrat hatte sich schon damals auf eine Nivellierung nach unten eingeschossen, jedoch noch mit negativer Beurteilung. Die GPK war durchaus der

Meinung, dass dies nicht ihren Intentionen entspricht. Sie hat allerdings auch festgestellt, dass der Regierungsrat damals implizit anerkannt hat, dass das von der GPK festgestellte Problem der zu hohen Versorgertaxen tatsächlich eines ist, und zwar ein grosses, das nicht noch verschärft werden darf. Was jetzt offenbar in Gang ist, ist eine flächendeckende Ausweitung jenes Problems, das die GPK damals in ihrer Motion reduzieren wollte. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Gustav Kessler (CVP, Dürnten): Ich spreche ausdrücklich zur Dringlichkeit – andere Leute sollten sich auch daran halten.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass dieses Thema, das hier zur Diskussion steht, an der Sitzung vom Freitag in der GPK thematisiert wurde und Regierungsrat Buschor ausdrücklich mitgeteilt hat, dass er diesen Entscheid vorläufig aussetzen will, da er noch das Gespräch mit der GPK suche. Deshalb muss ich Ihnen sagen, dass ich nicht für Dringlicherklärung bin. Wir möchten das Gespräch weiter suchen. Zudem finde ich es ein bisschen komisch, dass Leute aus der GPK als Mitinitianten von Dringlichen Interpellationen sind, die bei uns Thema sind.

Martin Bornhauser (SP, Uster): Da der Präsident der GPK nicht anwesend ist, muss ich als Vizepräsident eine Korrektur vornehmen. Regierungsrat Buschor hat keine Sistierung des Entscheids versprochen. Er hat, das mag sein, so etwas an einer CVP-Fraktionssitzung versprochen, aber nicht in der Sitzung der GPK vom letzten Freitag.

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlichkeit wird von 79 Ratsmitgliedern unterstützt (notwendiges Quorum: 60 Stimmen). Die Interpellation geht an den Regierungsrat und wird innerhalb der nächsten vier Wochen beantwortet.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Postulat KR-Nr. 191/1988 betreffend die Förderung der qualitativen Weiterentwicklung der Zürcher Wirtschaft (Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 27. Januar 1993) 3295

6. Postulate KR-Nr. 330/1992 betreffend Abbau von Wirtschaftshemmnissen, KR-Nr. 331/1992 betreffend Liberalisierungs- und Vitalisierungsprogramm, KR-Nr. 125/1993 betreffend Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität des Kantons Zürich und KR.-Nr. 174/1995 betreffend Massnahmen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Zürich (Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 9. Februar 1996 und gleichlautender Antrag der Kommission vom 30. Januar 1997) 3492

7. Parlamentarische Initiative Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich), Lucius Dürr (CVP, Zürich) und Markus Werner (CVP, Dällikon), vom 8. Juli 1996 betreffend Schaffung eines Gesetzes über die kantonale Wirtschaftsförderung (schriftlich begründet)

KR-Nr. 215/1996

21. Motion Lucius Dürr (CVP, Zürich), Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich) und Markus Werner (CVP, Dällikon) vom 8. Juli 1996 betreffend Förderung der Klein und Mittelunternehmen (schriftlich begründet)

KR-Nr. 213/1996, RRB-Nr. 203/29.1.1997 (Stellungnahme)

Fortsetzung der Beratungen

Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich): In diesem Kanton sprechen wir seit Anfang dieses Jahrzehntes von Wirtschaftsförderung. Heute stellen wir fest, dass sich in dieser Frage nichts getan hat. Das Referat von Kommissionspräsident Isler hat mich in dieser Meinung bekräftigt. Zwar handelte es sich um einen hochintelligenten Lehrvortrag über heutige Wirtschaftszusammenhänge, doch hat er überhaupt nichts darüber ausgesagt, was diese Kommission in den letzten 5 Jahren für den Wirtschaftsstandort Zürich gemacht hat.

1995 hat der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit der Zürcher Kantonalbank (ZKB) einen Expertenbericht über den Wirtschaftsstandort Zürich erstellen lassen. Dort befinden sich 14 Thesen, Sie können sie nachlesen. Nichts aus diesen 14 Thesen ist bis jetzt konkret in Angriff genommen worden. In unserem Kanton beträgt

die Arbeitslosigkeit 6 Prozent, in der Stadt Zürich sogar über 7 Prozent, gesamtschweizerisch bildet der Kanton Zürich im Exportwachstum mit 0 Prozent das Schlusslicht, alle anderen Kantone weisen durchschnittlich 3,1 Prozent auf. Wir verzeichnen einen Rückgang der Steuereinnahmen, unsere Schulden wachsen, bei anderen Kantonen ist die Entwicklung bereits gegenläufig. Ich habe – und das wurde in dieser Kommission ebenfalls behandelt – den Vorstoss «Stärkung des Finanzplatzes Zürich» erarbeitet. Auch diesbezüglich wurden keine Massnahmen ergriffen. In diesem Umfeld verstehe ich meine Parlamentarische Initiative als verpflichtende – und «verpflichtend» ist das ausschlaggebende Wort – Wirtschaftsförderung. Die Kantone Neuenburg, Solothurn, St. Gallen haben mit Wirtschaftsförderung gute Erfahrungen gemacht. Auch andere Kantone sind jetzt daran, darüber Richtlinien zu erstellen, wie sie ihre Wirtschaftspolitik künftig gestalten wollen.

Was will meine Parlamentarische Initiative für den Kanton Zürich? Sie will in erster Linie eine Verankerung. Das ist eine Grundvoraussetzung, um Wirtschaftsförderung und somit auch aktive Wirtschaftspolitik in diesem Kanton zu betreiben. Sie will den Regierungsrat verpflichten, seine Ziele bekanntzugeben, zu sagen, was er in seiner Wirtschaftspolitik zu tun gedenkt. Sie will ihn verpflichten, dass er uns in diesem Hause Jahr für Jahr Rechnung darüber ablegen muss, was er wirklich getan hat.

In meiner PI habe ich verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, welche ich natürlich auch von anderen Kantonen übernommen habe, um Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man Wirtschaftsförderung tun kann. Verpflichtend sind diese Möglichkeiten aber sicherlich nicht. Solche und ähnliche Massnahmen kann man vielleicht – und das gestehe ich zu – auch ohne ein entsprechendes Gesetz lösen und vollziehen. Man kann zum Beispiel die ständige Wirtschaftskommission ins Leben rufen, Herr Isler hat dies auch erwähnt. Es hat mich gefreut, dass die Reformkommission scheinbar diesen Auftrag ebenfalls hat. Doch haben wir den Glauben an eine baldige Realisierung verloren. Deshalb haben wir heute morgen einen zusätzlichen Vorstoss eingereicht, welcher eine ständige Wirtschaftskommission fördert. Ich glaube, die Reformkommission hat im Moment mehr mit ihren Experten zu tun als dass sie sich der Zürcher Wirtschaft annehmen könnte.

Wir glauben auch, dass zum Beispiel externe Wirtschaftsstellen mit klaren Leistungsaufträgen einen Beitrag zur Wirtschaftspolitik leisten

können. Aber auf die Regierung können wir in dieser Frage nicht mehr warten.

Mit der Unterstützung der PI schaffen Sie die Möglichkeit, eine Kommission ins Leben zu rufen, welche den Auftrag hat, die Wirtschaftsprobleme ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Mein Vorschlag ist nicht der einzige Weg zur Wirtschaftsförderung, das gestehe ich ein. Sollte aber eine Kommission zu anderen Lösungen kommen, wäre ich nicht stur und könnte diese PI zurückziehen. Das sage ich im vollen Bewusstsein, weil ich glaube, dass der wichtigste Punkt jetzt und hier ist, eine vorläufige Unterstützung für diese PI zu erreichen, damit wir eine Kommission bilden können, die sich diesen Fragen als Auftrag annimmt und nachträglich nicht einfach einen gesamtwirtschaftlichen Überblick abgibt.

Gebt der Wirtschaftsförderung eine Chance. Nicht meine Generation hat die heutige Wirtschaftsmisere verschuldet. Es ist auch nicht meine Generation, die für den Schuldenberg unseres Staates verantwortlich zeichnet. Aber es sind die Menschen aus meiner Generation, die heute die Leidtragenden dieser Situation sind. Es ist unsere Generation, die am meisten Arbeitslosigkeit aufweist, die Generation, die nicht mehr gleich in die Zukunft schauen kann, wie Sie es hier zum Teil in Ihren Zeiten noch tun konnten. Deshalb glaube ich, ist es nicht mehr als gerecht, dieser Generation eine Chance zu geben und Hand zu bieten, damit man nachfolgenden Generationen nicht mehr das Gleiche übergeben muss.

Für unsere Bevölkerung stellt die Arbeitslosigkeit das grösste Problem dar. Unsere Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass wir dieses Problem ernst nehmen. Die letzten Umfragen der CS-Gruppe befassen sich damit, wo der Bevölkerung der Schuh drückt. Sie können dort erfahren, dass 75 Prozent der Befragten sagen, die Arbeitsplatzsicherung beschäftige sie am meisten. Sie sagen auch, es herrsche eine grosse Angst vor der Art, wie sich die Wirtschaft aktuell entwickle – nämlich aussenorientiert und über internationale Märkte. Die Konfrontation mit einer Wirtschaft, die offensichtlich vermehrt über Rationalisierung wächst und Arbeitsplätze in Frage stellt, führt zu einer kollektiven Verunsicherung. Wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter sind gefordert, eine liberale Wirtschaftspolitik zum Wohl einer Volkswirtschaft zu betreiben. Wir dürfen die Augen nicht verschliessen und müssen jetzt handeln. Ein Nein zu dieser PI, beziehungsweise keine vorläufige Unterstützung, würde in der heutigen Situation vom Volk

nicht verstanden. Unsere Verantwortung in dieser Frage können wir der Gemeinschaft gegenüber nicht mit einem blossen politischen Abwägen erfüllen. Zu viele menschliche Existenzen hängen von der Qualität unserer Wirtschaftspolitik ab. Ich bitte Sie dringlichst: Unterstützen Sie vorläufig diese Parlamentarische Initiative. Sie tun damit nichts Schlechtes, weil Sie auch noch nichts Bestimmtes oder Verpflichtendes in die Wege leiten. Doch nehmen Sie das Problem ernst, und erteilen Sie den klaren Auftrag, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung als eine unserer Hauptaufgaben in diesem Kanton Zürich wahrzunehmen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Ich spreche einerseits als Kommissionsmitglied der Kommission Isler, ziehe dort Bilanz, werde aber auch meine Motion betreffend KMU (kleine und mittlere Unternehmen) näher begründen.

Betrachten wir die Ausgangslage: Seit 1991 befinden wir uns in einer relativ starken Rezession. Der Stellenabbau ist rasant fortgeschritten, Konkurse häufen sich, die Beschäftigung der Jugendlichen wird zum Problem, auch die Frauen, insbesondere im Teilzeitbereich, haben Probleme, die KMU leiden besonders, und selbstverständlich haben auch die problematischen Staatsfinanzen einen erheblichen Einfluss auf das wirtschaftliche Umfeld. Ich denke hier insbesondere an den Einfluss auf die Bildung: Ohne Geld wird es schwierig sein, eine richtige Bildung anzubieten.

Es gibt gewisse Schritte, die vollzogen werden sollten. Entscheidend ist, dass der Wirtschaftsstandort Zürich als Wirtschaftsmetropole der Schweiz nicht umhin kommt, endlich eine Strategie, ein Gesamtkonzept bezüglich Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln. Kollega Isler hat deutlich aufgezeigt, dass dieses Gesamtkonzept nach wie vor fehlt. Wir haben zwar in diesen 5 Jahren viele wichtige Erkenntnisse gewonnen, doch liegt letztlich kein Resultat vor, das eine Wirtschaftspolitik dieses Kantons aufzeigen würde. Der Kausalzusammenhang zwischen guter Wirtschaftslage einerseits und einem gesunden Staatswesen andererseits, das insbesondere seinen sozialen Verpflichtungen nachkommen kann, ist bekannt und braucht nicht mehr im Detail abgehandelt zu werden.

Eine Analyse der heutigen Wirtschaftslage ist unumgänglich, um die konkreten Massnahmen festlegen zu können. Entscheidend ist aber auch eine Gesamtvision darüber, welche qualitativen und quantitativen Ziele bis wann, durch wen zu erreichen sind. Auch das fehlt heute.

Wieviele neue Arbeitsplätze sollen also bis zu welchem Zeitpunkt in welchen Bereichen geschaffen werden? Wo finden Entwicklungen statt, die bisherige Arbeitsplätze allenfalls überflüssig machen? Wie kann eine diesbezügliche Kompensation stattfinden? Aber auch zahlreiche Detailmassnahmen sind notwendig. Auch die Randbedingungen sind neu festzulegen. Bewilligungsverfahren, von denen wir schon ewig sprechen, müssen endlich so gestaltet sein, dass sie attraktiv und akzeptabel sind. Der Einstieg der Jungunternehmer muss mehr behandelt werden. Es müssen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie dies gefördert werden kann. Die Marktöffnung muss den Staatsmonopolen weichen, mehr Markt, mehr Privates und weniger Staatliches, das wäre längst fällig. Auch darüber haben wir heute schon gesprochen, und wir werden es weiterhin tun. Innovationsfähigkeit im Tourismus ist ein Thema, auch hier hören wir aus dem Kanton Zürich wenig, obwohl der Kanton Zürich auch ein Tourismuskanton ist. Standortmarketing ist ein Thema, hier werde ich noch Positives vermelden können.

Sie sehen, dass zahlreiche Massnahmen, die nötig wären, die in den Soll-Bereich gehören, nicht verwirklicht wurden. Wir haben zwar eine ausgezeichnete Analyse der ZKB – das muss man anerkennen, und das ist auch das Verdienst der Regierung –, doch wurden in dieser Analyse wichtige Bereiche ausgenommen. Beispielsweise ist der KMU-Bereich in dieser Analyse nicht vorhanden. Lücken sind also aufzuarbeiten.

Ebenso fehlt nach wie vor das Gesamtkonzept, das ich vorhin als Soll erwähnt habe. Auch ein Zeitplan fehlt in dieser Hinsicht. Die Regierungsrichtlinien setzen zwar einige Akzente, sind jedoch oft unzusammenhängend und können nicht als Ganzes betrachtet werden. Es kommt hinzu, dass die Regierung selbst gesagt hat, diese Regierungsrichtlinien seien nicht sakrosankt, was heisst, dass man jederzeit davon abweichen kann. Um so mehr ist es aber notwendig, endlich ein Konzept zu haben, das für die nächste Zukunft Bestand hat. Puncto qualitativer Weiterentwicklung wurde ebenfalls Einiges erwähnt, oftmals handelte es sich um Gemeinplätze, also auch hier ist kein Gesamtkonzept vorhanden. Sicher kann als grösster Wurf das neue Energiesgesetz bezeichnet werden, das unsere Achtung verdient und sicher als Erfolg zu vermelden ist. Bezüglich Standortmarketing darf man sagen, dass die Regierung etwas getan hat. Ein Konzept wurde – nach langem Drängen und Stossen – erarbeitet, doch was fehlt, ist wiederum eine Corporate Identity des ganzen Kantons bezüglich Standortmarketing. Heute tritt jede Region mehr oder weniger

selbständig auf. Das verwirrt die Adressaten. Man müsste schauen, dass der Kanton künftig in seiner Gesamtheit auftritt.

Zu den vier Wirtschaftsvorstössen, die wir in der Kommission behandelt haben, muss man sagen, dass die Bilanz nüchtern ausgefallen ist. Mit Ausnahme des Standortmarketingkonzepts ist wenig Greifbares vorhanden. Es wird primär auf die Bundesaktivitäten verwiesen, es wird aufgelistet, was geplant wird, ohne konkrete Detailmassnahmen oder Zeitpläne zu erörtern. Es wird auch ein Zugeständnis gemacht: Die Regierung gibt zu, dass andere Kantone aktiver sind als wir es sind. Das ist Beweis genug, dass wir auf die Vorderbeine treten müssen. Bei den KMU sieht die Regierung einen Handlungsbedarf ein, namentlich im Bereich der Rahmenbedingungen. Der Regierungsrat führt aber bloss einige Einzelmassnahmen auf und verweist auf die Aktivitäten des Bundes. Ein Gesamtkonzept fehlt ab diesem Punkt. Die Bedeutung der KMU wird ganz klar zu wenig erkannt. Denken Sie daran, dass es in den KMU viel weniger Entlassungen gibt als in den grösseren Betrieben, weil der Bezug zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer grösser ist und die Hemmschwelle, um jemanden zu entlassen, dadurch logischer auch grösser ist. Es gäbe also Grund genug, mehr für die KMU zu tun. Ich denke an folgende Massnahmen: Bewilligungsverfahren sind zu straffen, zu koordinieren und zu schleunigen oder – dort wo man sie nicht mehr braucht – abzuschaffen. Das Lehrstellenangebot wurde noch nicht vergrössert, Aus- und Weiterbildung im Berufsbereich werden von Subventionskürzungen bedroht – ich denke an die Vollkostenrechnung –, neue Tätigkeitsfelder der KMU, die zu erschliessen wären, wurden noch nicht erschlossen, obwohl es hier ganz klare Möglichkeiten gäbe. Es wäre auch denkbar, einmal ein Impulsprogramm auf kantonaler Ebene zu schaffen. Es muss nicht immer so sein, dass man gross mit Geld hantiert, es kann auch sein, dass man Ideen bringt, wie man Impulse für die KMU bringen kann. Ich denke insbesondere an den Bereich der Sanierungen bestehender Gebäude, wo ein grosser Handlungsbedarf gegeben wäre. Alle haben heute die KMU entdeckt. Es sind die Banken, die alle an die KMU herantreten, es sind aber auch die Parteien. Ich habe mich gefreut, in der Nummer 3 der Gewerbezeitung «Zürigwerb» zu lesen, dass FDP wie SVP nachhaltig darauf verweisen, dass die KMU zu fördern sind. Ich meine, dass hier etwas gemacht werden sollte.

Wenn wir also zwischen Ist und Soll Bilanz ziehen, stellen wir fest, dass noch sehr viel getan werden muss. Ich halte der Regierung zugute, dass Ansätze vorhanden sind. Doch insbesondere im Bereich der

Wirtschaftsförderung und bezüglich Massnahmen für die KMU gibt es Einiges zu tun.

Meine Motion geht nicht so weit, dass ich nach neuen Gesetzen schreie, im Gegenteil: Es sollten möglichst viele alte Gesetze abgeschafft und reduziert werden. Sollte die Regierung aber zum Schluss kommen, es wäre möglich, solche Gesetze abzuschaffen und ein neues zu schaffen, um die KMU zu fördern, wäre ich selbstverständlich dafür. Aber ich will nicht mehr Staat – es geht mit weniger Staat. Dann geht es nämlich auch den KMU gut.

Ich bitte Sie also, dieser Motion zuzustimmen und den fünften Gang einzuschalten. Sonst haben wir weitere 5 Jahre mit guten Erkenntnissen und ohne Taten in einer Kommission verbracht.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Das Frühlingserwachen, das wir jetzt erleben, ist naturgegeben. Auch bei der Wirtschaft wären wir froh darüber – nur geht es dort nicht so einfach wie bei der Natur und dort kann der Mensch auch nicht hineinpfeuschen. Wohl könnte sich die Wirtschaft selber helfen, doch tut sie dies, wenn es soweit kommt, vollumfänglich zu Lasten der Schwächeren, also mit noch viel mehr Arbeitslosen. Diese Entwicklung mag für einzelne Unternehmen gut sein, für das Ganze aber ist sie katastrophal. Es gilt deshalb, diese Entwicklung zu vermeiden und es gilt Lösungen zu finden, die uns allen etwas bringen. Wir müssen also trotz allem versuchen, irgendwie hineinzupfeuschen, aber so, dass es auch für die Wirtschaft gut herauskommt.

Der Bericht über den Wirtschaftsstandort Zürich, von dem wir in der Kommission Kenntnis genommen haben, ermöglicht eine Gesamtschau, die sich auf das Jahr 1993 und die vorangehenden Jahre bezieht. Sie sehen also auch hier, dass die Zeit weitergeschritten ist. Dieser Bericht ist bereits nicht mehr der neuste. Die darin enthaltenen 14 Thesen behalten natürlich ihre Gültigkeit und Richtigkeit. Sie dürfen auch zukunftsweisend sein. Doch bedeutet dies wenig bis gar nichts, denn die Wirtschaft, die Unternehmungen richten ihr Handeln nach den Gegebenheiten, die ihr Umfeld, und die ihre Produkte betreffen. Nehmen wir als Beispiel die Swissair, die Entwicklungshilfe betreibt und Arbeitsplätze im Buchhaltungsbereich nach Bombay auslagert oder japanische und thailändische Stewardessen, die für einen Bruchteil eines Schweizer Lohnes arbeiten. Auf diese Weise lassen sich die Kosten wirklich tief halten. Auf diese Weise wird mehr Rendite erzielt.

Doch ob damit ein Beitrag für den Wirtschaftsstandort Zürich geleistet wird, ist eine andere Frage. Aufgrund dieser und weiterer Erfahrungen ist auch die Aussage im Bericht über den Wirtschaftsstandort Zürich kritisch zu hinterfragen, wonach wir uns heute noch in einer Position der Stärke befinden, die uns erlaubt, Anpassungen vorzunehmen.

Es sind ja verschiedene Vorstösse eingereicht worden. Was haben sie gebracht? Zum einen haben sie sehr viel Papier gebracht. Trotzdem müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, dass eine der grössten schweizerischen Papierfabriken in die grössten Schwierigkeiten aller Zeiten geraten ist und nur dank der Übernahme durch einen finnischen Konzern vor dem Konkurs gerettet werden konnte. Wir haben also Kenntnis genommen, wir haben diskutiert, es ist publiziert worden, und es liegen neue Grundlagen vor, die bereits wieder überholt sind. Wir als Politikerinnen und Politiker haben nun Entscheidungen, beispielsweise auf raumplanerischer oder fiskalischer Ebene, so zu fällen, dass andere ihre Entschlüsse zugunsten von Zürich und nicht zugunsten von London oder Luxemburg treffen. Wer jetzt aber beispielsweise behauptet, der Steuerfuss sei das alleinseligmachende Mittel, welches den Standort Zürich fördert, der irrt. Auch in diesen Dokumentationen ist nämlich zu lesen, dass die Frage des Steuerfusses in Bezug auf Standortgunst erst an siebter Stelle kommt. Wir müssen also ebenso dafür schauen, dass die Einnahmen unseres Staatswesens anzupassen sind, und dass es besser ist, an innovative Unternehmen gezielt Beiträge zu ihrer Förderung auszurichten. Es soll also gezielt geholfen und nicht mit der Giesskanne subventioniert werden. Die Steuern sollen ihrerseits erst dann gesenkt werden, wenn dies der Staatshaushalt auch erlaubt.

Ich sage noch etwas zu den Förderungsmassnahmen, die von der Regierung aufgezeigt worden sind: Die Liste ist lang und eindrücklich. So verschiedenartig diese Massnahmen auch sind, Eines haben sie gemeinsam: Sie wollen die Attraktivität unseres Kantons fördern. Die Frage steht aber im Raum, wie diese weiter gefördert werden kann. Erstens wird die Haushaltsanierung erwähnt. Tatsächlich sollten die Finanzen in Ordnung gebracht werden – doch wie soll das geschehen? Die bisherigen Massnahmen haben dies klar gezeigt: Ohne die Bereitschaft, dem Staat mehr Mittel zuzuführen, wird dies nicht machbar sein. Die vergangenen Rechnungsdefizite haben dies in eindrücklicher Art und Weise bewiesen. Es gibt aber andere Möglichkeiten, und ich denke hier an die Bewilligungsverfahren. Wenn man natürlich hört, es sei unmöglich, als unabhängiger Unternehmer in einer Garage eine Reparaturwerkstätte einzurichten, nur weil dort die

Toilette fehlt, muss man sich im Hinterkopf natürlich die Frage stellen, wie ein Betrieb denn überhaupt aufgebaut werden soll. Brauchen wir wirklich so viel Formalismus? Die Leute haben es dann satt, das erlebe ich auch bei meiner beruflichen Tätigkeit und verlegen ihre Aktivitäten im besten Fall hinter die Schweizergrenze, wenn es schlecht geht, verlegen sie sie nach Fernost. Wir müssen also in die Lage versetzt werden, Projekte durchzuziehen. Dies gilt natürlich auch für die Grossprojekte. Erlauben Sie mir einen Vergleich: 1987 hat das Schweizervolk dem Projekt Bahn 2000 euphorisch zugestimmt. 1987 ist in Frankreich der TGV Atlantique beschlossen worden. Der TGV Atlantique fährt. In der Schweiz hingegen wird unter anderem noch darüber gestritten, ob die Eisenbahn in Mattstetten bei Burgdorf nun unter oder neben oder über eine Käserei geführt werden muss. Das sind die Vergleiche. Das zeigt, dass wir effektiv nicht weiterkommen.

Der Kanton Zürich muss sich verkaufen. Das hat die Volkswirtschaftsdirektion richtigerweise erkannt. Der Kanton tut dies, er tut es zwar auf Schmalspurbasis, doch was wir gesehen haben, ist sehr effizient. Allerdings ist es dann bedauerlich, dass ausgerechnet dieser Koordinationsstelle die Mittel wieder gekürzt worden sind. Ihre Aufgaben können sich doch nicht darauf beschränken, dass einige schöne Prospekte versandt werden. Ihre Aufgabe muss darin bestehen, dass Kontakte geknüpft werden, dass Reisen durchgeführt werden, dass diese Leute zu ihren potentiellen Kunden gehen und über die Möglichkeiten des Kantons Zürich sprechen. Hier reichen Briefe nicht mehr. Hier ist in einer zu grossen Schmalspurversion angerichtet worden. Es ist auch bedauerlich, dass die Mehrheit des Kantonsrats ausgerechnet hier mit dem Rotstift hineingefahren ist.

Risikokapital, ein weiterer Begriff, der wirtschaftsfördernd wirken kann: Der Begriff sagt es bereits aus – das Risiko kann sich auszahlen, es stellt sich jedoch die Frage, wer dieses Risiko bezahlt. Wir stellen fest, dass die Bereitschaft hierzu sehr, sehr gering ist. Wenn der Kanton nicht dazu bereit ist, soll es doch die Kantonalkbank tun. Soll sie also diese Risiken übernehmen und bezahlen, damit die Geschäftsbanken ihrerseits dann gute Geschäfte machen können. Wer soll dann den Verlust bezahlen, der von der Kantonalkbank eingefahren wird? Ist es der Kanton – Stichwort Staatsgarantie und so weiter? Nein, hier ist es ganz klar und unabdingbar, dass nicht nur die Kantonalkbank die Hoffnungsschimmer ausstrahlen soll, es sind alle Banken, und hier zähle ich auch die Grossbanken dazu. Ich rufe sie dazu auf, auch für die

Wirtschaft zu denken, damit diese – mit unseren Banken zusammen – weiterkommt.

Wenn Banken und Kanton nicht reichen, gibt es einen Spruch der heisst: «Und ist dies alles nicht gelungen, bleiben die Versicherungen». Also sollen die Pensionskassen in die Bresche springen und Risikokapital vergeben. Vergessen wir aber auch hier eines nicht: Bei den Pensionskassengeldern handelt es sich um Mittel, die den Versicherten – also beispielsweise Ihnen – gehören. Man muss also sorgfältig damit umgehen. Oder sind Sie persönlich dazu bereit, dass man Ihnen in 20 oder 30 Jahren einmal sagt: «Wir haben eben mit unseren Pensionskassengeldern in Risikokapital investiert, es tut uns leid, doch ist Ihre Pension nun eben um 15 Prozent tiefer ausgefallen». Für solche Risiken sagen Sie ganz klar Nein.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass seitens des Regierungsrats viel unternommen wird, um den Wirtschaftsstandort Zürich zu fördern. Ich möchte dies in aller Form anerkennen, auch wenn ich hier anfüge: «Es dörf es Bitzeli mee sii». Dies ist nicht als Kritik, sondern als Ermunterung zu verstehen. Die Beratungen in der Kommission haben auch aufgezeigt, dass es wichtig ist, dass wir uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier weiterhin und laufend mit diesen Fragen zu befassen haben. Das fördert das Verständnis für die Anliegen des andern. Auch die Debatte zu diesem Thema möchte ich unter diesem Motto verstanden wissen. Wir müssen uns mit diesen Zusammenhängen auseinandersetzen. Es bringt nichts, wenn wir uns gegeneinander aufbringen. Wir müssen versuchen, am gleichen Strick zu ziehen und zwar in der gleichen Richtung. Nur dann kann es weiter und aufwärts gehen. Wir nehmen mit Befriedigung von den Berichten des Regierungsrates Kenntnis und befürworten, dass sämtliche Vorstösse abgeschrieben werden.

Dr. Martin Zollinger (FDP, Zürich): Mit den Vorlagen 3295 und 3492 beantragt uns der Regierungsrat die Abschreibung verschiedenster Postulate. Es sind Postulate, die alle die Stärkung des Wirtschaftsraums, respektive des Finanzplatzes Zürich betreffen. Die Postulate sind interessanterweise ein deutlicher Spiegel der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre. Titel: «Vom Boom zur Rezession». Im Postulat Isler und Chanson steht die Förderung der qualitativen Weiterentwicklung im Vordergrund. Eingereicht wurden sie 1988, als das wirtschaftliche Umfeld und auch dessen Perspektiven noch höchst erfreulich waren.

Der 1987er Crash war verdaut, der Optimismus hoch, die Arbeitslosenrate tief. Nicht primär der wirtschaftliche Wohlstand, sondern subjektives Wohlbefinden sollte angestrebt werden – kurz eben qualitatives Wachstum. Heute gibt es zwar immer noch einige Idealisten, die nur von qualitativem Wachstum sprechen. Im Vordergrund steht aber klar das reale Wachstum, quantitatives Wachstum, welches allein neue Arbeitsplätze bringt. Sollten diese neuen Arbeitsplätze gleichzeitig auch noch umweltgerecht sein, nimmt man dies sicher gerne zur Kenntnis. Die vergangenen Jahre der Stagnation, der Rezession, haben erneut deutlich gemacht, dass mit der Forderung von Nullwachstum und gleichzeitig hohen Anforderungen an ökologische Massnahmen der Weg zum Ziel des qualitativen Wachstums verbaut wird. Bei steigenden Arbeitslosenzahlen sind Diskussionen um Lenkungsabgaben deshalb weitgehend verstummt.

Die Postulate der Jahre 1992, 1993 und 1995 sind wiederum ein Spiegel der negativen Wirtschaftsentwicklung. Verlangt werden Öffnung zum Europäischen Wirtschaftsraum, Deregulierung, Liberalisierung, Förderungsmassnahmen, Steuererleichterungen und Investitionsanreize. Diese Forderungen werden zu Recht gestellt. Der hohe Lebensstandard, die gute Lebensqualität, eingebettet durch die erhöhten Sozialverpflichtungen des Staates, haben zum Teil zu Anforderungen an die Wirtschaft geführt, welche die Abhängigkeit von einem globalisierten Markt schlicht negieren wollen. Es gibt keinen Sonderfall Schweiz oder mindestens keinen mehr. Wir sind dem internationalen Standortwettbewerb ausgesetzt und können uns auch nicht darauf beschränken, ein umzäuntes Alpengärtchen mit Enzianen, Edelweiss und Gartenzwergen zu pflegen.

Die Kommission hat sich mit der Wirtschaftsstudie über den Kanton Zürich eingehend beschäftigt, darüber ist bereits berichtet worden. Die Studie, welche der Regierungsrat und der Kantonsrat 1993 in Auftrag gaben, zeigt Stärken und Schwächen des Kantons im nationalen und internationalen Vergleich auf. Sie zeigt erfreulicherweise eine weitgehend noch intakte Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraums Zürich. Verbesserungsfähig ist aber die Flexibilisierung im Personalbereich, da wir auf qualifizierte ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind. Angewiesen sind wir auch auf die Öffnung in den EG-Raum auf der Ebene der Hochschulen und der Fachhochschulen mit dem nötigen Wissens- und Technologietransfer. Zu den notwendigen Infrastrukturverbesserungen gehören, neben dem gut funktionierenden öffentlichen Verkehr, der Ausbau des Privatverkehrs für berufliche

Bedürfnisse vor allem des Gewerbes aber auch für steigende Freizeitinteressen. Von vorrangiger Bedeutung ist dabei die Einbindung ins internationale Verkehrsnetz durch die Eisenbahn einerseits, aber auch durch einen leistungsfähigen Flughafen Kloten. Bei all diesen notwendigen Anforderungen soll aber auch die Sorge um unsere Umwelt nicht vernachlässigt werden. Auch dies – und dazu stehe ich – ist ein bedeutender Standortvorteil. Aber nur eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft kann eine nachhaltige Lösung der ökologischen Probleme bringen. Wohin eine durch den Staat gelenkte und geschützte Wirtschaft führt, ist uns – vor allem unter dem ökologischen Aspekt – durch die Öffnung der zentraleuropäischen Staaten hoffentlich drastisch genug aufgezeigt worden.

Wir müssen uns zum Standortmarketing bekennen. Die Unterstützung durch den Staat in Form von Liberalisierung im Sinne der Angleichung der Rahmenbedingungen an Konkurrenzorte – ich denke vor allem an den EG-Raum aber auch an den asiatischen Wirtschaftsraum – ist notwendig. Es gehört auch zu den Legislaturzielen des Regierungsrates, der Wirtschaft gute Rahmenbedingungen zu gewähren. Es gehören dazu aber auch Erleichterungen, die das revidierte Kantonale Steuergesetz bietet, Erleichterungen, die Sie auf der Gegenseite so heftig bekämpfen. Die genannte Wirtschaftsstudie hat aber auch bestätigt, was einzelne positiv denkende Politiker und Unternehmer immer wieder betonen: Der Wirtschaftsstandort Zürich ist attraktiv. Wir dürfen und sollen zu den Standortvorteilen stehen. Wir sollen uns aber auch nicht kleinkariert und engstirnig gegen jede Öffnung und Flexibilität wenden. Wenn SP-Vertreterinnen und -Vertreter in diese Richtung gehen, stimmt auch mich das optimistisch. Andererseits lassen mich Wortklaubereien in Kommissionen, wie zum Beispiel an die Revision des Bau- und Planungsgesetzes, wieder daran zweifeln, ob man wirklich erkannt hat, worum es geht. Eine serbelnde und schwache Wirtschaft wird sich kaum über längere Zeit den Luxus einer grünen Politik leisten können.

Ich beantrage Ihnen nicht, die Postulate als erledigt abzuschreiben, da die Forderungen erst in Ansätzen erfüllt sind. Abschreiben können wir die Postulate trotzdem, dies im Sinne der Mehrheit der FDP.

Und, wenn ich schon das Wort habe, kurz eine persönliche Bemerkung zur Parlamentarische Initiative Portmann. Herr Kollega Briner wird noch eingehender darüber sprechen. Wie ich dargelegt habe, ist kantonale Wirtschaftsförderung wichtig und notwendig. Ein Gesetz dafür ist aber, meiner Meinung nach, unsinnig. Wir haben nicht zu

wenig, wir haben zuviel Gesetze. Wir sollen handeln und nicht legiferieren, nicht «lafere» sondern liefern. Ich bin gegen eine vorläufige Unterstützung dieser Parlamentarische Initiative.

Ratspräsidentin Esther Holm: Heidi Müller, Schlieren, spricht im Auftrag von Felix Müller, Winterthur, der heute nachmittag abwesend ist.

Heidi Müller (Grüne, Schlieren): Die Schweizerinnen und Schweizer, und auch die Schweizer Wirtschaft, haben sich daran gewöhnt, von der ganzen Welt gelobt, geliebt und ernst genommen zu werden.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang war es weltweit chic, die Schweiz zu kennen, mit der Schweiz zu tun zu haben oder gar in der Schweiz gewesen zu sein. Die Schweiz war Inbegriff von Wachstum, Prosperität, von Innovation und von attraktiver Landschaft und gepflegter Umwelt.

Die Schweiz, und damit auch die Region Zürich, hat während einer beachtlich langen Periode eine selbstbewusste und eine aus der Zeit heraus gesunde Stimmung ausgestrahlt. Und dies wurde auch gebührend honoriert.

Dieses Selbstbewusstsein ist offensichtlich abhanden gekommen. Auf gut neudeutsch: Die Corporate Identity ist den Schweizerinnen und Schweizern verloren gegangen. Der unverständliche Monolog des Kommissionspräsidenten heute morgen gibt auch einen Hinweis darauf, weshalb ein Zusammenwirken der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte nicht mehr funktioniert.

Er hat aufgezeigt, dass es sogenannte rechtschaffene Schweizer gibt, die so weltfremd leben, dass sie mit Veränderungen und mit neuen Ansprüchen weder umgehen können noch zurechtkommen.

Die Einführung des Frauenstimmrechts, Forderungen nach der Erneuerung der Demokratie, Forderungen nach einer anderen Verteilung des Reichtums, den wir nach wie vor haben, sei es über das Bodenrecht oder über die Steuern, demonstrative Leistungsverweigerung eines merklichen Teils der Bevölkerung oder die nachhaltigen Erschütterungen in den Glauben an Militär und Zivilschutz, Forderungen nach einer intakten Umwelt mit Umdenken beim Verkehr oder die Folgen der Dritt-Welt-Politik hat die bürgerlich

dominierte politische und zum Teil auch die wirtschaftliche Elite in der Schweiz bis heute weder verstanden, geschweige denn verdaut.

Dieses Wehren gegen eine innere Erneuerung lässt immer gerade nur soviel Veränderung zu, wie zugelassen werden muss. Ein solches Stimmungsbild wird international registriert. Aktuellster Ausdruck dieser Haltung ist die Diskussion um das Nazigold, ein Thema, das schon vor 30 Jahren hätte bereinigt werden können, wäre die Schweiz damals fähig gewesen, dieses Thema prospektiv und mit Offenheit anzupacken.

Und während die eigenen Schatten den Glanz verblassen liessen, haben andere Regionen dieser Welt vom Gebaren der Schweiz gelernt. Die Schweiz ist kein Unikat mehr, weder als Bankenplatz noch als «Versicherungsplatz», weder als Ort der Produktion von Spitzentechnologie, noch im Bereich des politisch vorbildlichen Wirkens.

In dieser Situation ist es falsch, Baubewilligungsverfahren als Teil unseres Rechtsstaates abschaffen zu wollen und zu meinen, der Staat werde damit effizienter. Es ist falsch zu meinen, ohne Steuern wäre die Schweiz attraktiver und mit volkswirtschaftlich teuren Betriebsansiedlungen sei etwas gewonnen. Mit diesem Gebaren verabschiedet sich der Staat von seinen Aufgaben.

Zürich muss zuerst seine eigenen Probleme zukunftsgerichtet anpacken, bevor man der Welt wieder weismachen könnte, dass es sich lohnt, Zürich als etwas Besonderes zu betrachten.

Wir müssten der Welt zum Beispiel zeigen, dass wir auf ein gutes Bildungssystem setzen, dass Bildung eine der Ressourcen der Region Zürich ist und dass wir es uns nicht leisten können, auch nur eine einzige fähige und interessierte Person durch die Maschen fallen zu lassen. Das bedeutet aber, dass Wirtschaftspolitik etwas mit einer aktuellen Familienpolitik zu tun hat, die sich verändernden Strukturen auch in diesem Bereich ernst nimmt. Das heisst, dass Wirtschaftspolitik viel mit Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit und somit mit neuen Arbeits- und Arbeitszeitmodellen zu tun hat. Wir müssen zur Botschaft gelangen, dass wir ein gutes Bildungssystem haben und dass wir ein noch besseres wollen, auch wenn es etwas kostet.

Unsere Integrationsfähigkeit müssen wir neu unter Beweis stellen. Solange wir in grossem Stil Saisoniers aufnehmen konnten, gab es allen Übeln zum Trotz die Botschaft einer für ausländische Arbeitskräfte offene Schweiz. Heute kennt man nur noch das Thema

der Ausschaffung, von der sich im Innersten wahrscheinlich viele Ausländer mitbetroffen fühlen.

Auch gegenüber der Umwelt müssen wir innovative und moderne Verhaltensweisen entwickeln. Die Schweiz als Heidiland und als Idylle hat längst ausgedient. Wir haben diese Tourismusqualität selbst geopfert und keine Alternative bereitgestellt, die unsere Wertschätzung gegenüber unserer Landschaft und Umwelt manifestiert.

Aus unserer Optik können wir dies aufholen, indem wir das Mass der Luftverschmutzung und der Verlärmung massiv abbauen. Dies dient der Attraktivität des Standortes Zürich und ist deshalb Wirtschaftspolitik. Aber offenbar ist es für viele schwierig, sich vom Hauptemittenten, dem Fetisch Auto zu lösen und diesem Verkehrsmittel den Platz zuzugestehen, den es verdient und nicht so viel mehr.

Wir alle wissen, dass der öffentliche Verkehr effizienter, leistungsfähiger, umweltfreundlicher und gleichzeitig auch sozialer ist als der individuelle Motorfahrzeugverkehr. Aber für die Förderung des ÖV braucht es eine Abkehr von der Politik der Zersiedlung, der auf das Auto ausgerichteten Infrastruktur.

Damit gelange ich zum Thema der sozialen Sicherheit, eine weitere Qualität, die die Schweiz und die Region Zürich auszeichnete. Die laufende Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben zu einer relativ schmalen Schicht von Kantonsbewohnerinnen und -Bewohnern fördert die Solidarität in der Region Zürich absolut nicht. Es gibt wieder Armut, ein Thema, das eine Zeit lang keines war! Nichts mehr zu haben, nichts mehr zu verlieren haben, das Gefühl, keine Chance zu haben, kann – neben anderen Faktoren – Ursache für Randständigkeit und Kriminalität sein. In diesem Sinn nochmals ein Querverweis zu einer attraktiven Familien- und Umweltpolitik. Ein gutes privates soziales Gefüge dient der Wirtschaft wahrscheinlich viel mehr als Steuererleichterungen. Individuelle Zufriedenheit ist eine Grundlage für eine gute Stimmung, sei sie in der Bevölkerung oder in der von der Bevölkerung gestalteten Wirtschaft.

Wer das Gefühl hat, in der Region Zürich willkommen zu sein, wer das Gefühl hat, mit einem Produkt oder mit seinen Verbindungen in unsere Region ein Stück guter Stimmung und ein Stück Zukunft zu erhalten, wird sich auf diese Region einlassen. Wer auf diesen Grundlagen seinen Betrieb hier ansiedeln will, der fragt dann nicht nach Wirtschaftsförderungsprogrammen, nicht nach Baubewilligungen und

nicht nach Steuertarifen und anderen schmarotzerhaften Vorteilen. Wichtig ist dann, dass in einem guten Klima gute Ergebnisse erzielt werden können. Diese Haltung lässt Vertrauen entstehen, auch auf Seite von Investoren und Kreditgebern.

Schlussfolgerung ist, dass es falsch ist, in einer Strukturkrise zuerst den Staat abzubauen und der sogenannten Wirtschaft Tür und Tor für alle möglichen und vor allem für alle unmöglichen Entwicklungen zu öffnen. Der Staat und die Politik müssen gerade in einer Zeit wie heute in allen Bereichen ausgleichend und chancenbildend eingreifen. Dies wiederum wird nicht möglich sein, ohne lieb gewonnene Pfründe der heute Besitzenden abzubauen. Wirtschaftspolitik beginnt dort, wo es darum geht, unsere Volkswirtschaft ohne falsche Rücksichten effizienter zu machen und die heute vorhandenen Reparaturkosten – dazu gehört das Gesundheitswesen, der Unterhalt der Infrastruktur, Umweltsanierungen und so weiter massiv zu reduzieren. Hier muss der Einfluss der Politik nicht abgebaut werden, hier ist er gefordert.

Dem Abschreiben der Postulate steht aus Sicht der Grünen überhaupt nichts im Weg.

Ich möchte mich nun in eigenem Namen noch zur Parlamentarische Initiative Portmann äussern. Kann ich weiterreden oder soll ich mich später noch einmal melden?

Ratspräsidentin Esther Holm: Melden Sie sich noch einmal. Ihre Redezeit war bereits abgelaufen. Man hat mir ohnehin mitgeteilt, dass das Vorgehen nicht ganz lupenrein war. Es würde gar nicht gehen, dass ein anderes Mitglied der Fraktion hier das Kommissionsmitglied vertritt und hierfür die 10 Minuten in Anspruch nimmt. Ich habe versucht zu erklären, dass es in einer kleinen Fraktion ein Problem ist, wenn das einzige Kommissionsmitglied verhindert ist. Dann bleiben nur noch einmal 10 Minuten Redezeit, die von der Fraktion in Anspruch genommen werden können. Das ist eben das Los der kleinen Fraktionen.

Dr. Ueli Beschart (SVP, Nürensdorf): Zuerst spreche ich zur Vorlage betreffend Förderung der qualitativen Weiterentwicklung der Zürcher Wirtschaft: Seit der Einreichung des Postulats sind immerhin 9 Jahre und seit Bericht und Antrag des Regierungsrates 4 Jahre vergangen. Die wirtschaftliche Situation in der Schweiz und auch im Wirtschaftsraum Zürich hat sich drastisch verändert. Täglich gehen Arbeitsplätze

verloren, der einzelne Bürger wird zunehmend verunsichert. Dies führt zu einer negativen Tendenz bei den Investitionen. Die Innovationskraft ist gelähmt, und die Bereitschaft, unternehmerische Risiken einzugehen, ist auf einem Tiefpunkt. Grosse internationale Unternehmungen nehmen immer weniger Rücksicht auf den Werkplatz Schweiz. Im Zeichen der Globalisierung der Märkte werden Lösungen gesucht, die länderunabhängig sind. Unter diesen wesentlich veränderten Rahmenbedingungen stellen sich uns neue Probleme, so die Fragen, wie wir den Arbeitsplatzabbau in der Schweiz stoppen können und welche Massnahmen erforderlich sind, um unseren Lebensstandard in der Schweiz einigermaßen halten zu können. Der Bericht des Regierungsrates zeigt auf, dass sowohl auf Stufe Bund wie im Kanton einiges unternommen und eingeleitet wurde, das unter dem Überbegriff «qualitatives Wachstum» steht. Wichtig scheint mir, dass alle Massnahmen, die bereits eingeleitet wurden und geplant sind unter dem Gesichtspunkt der veränderten Rahmenbedingungen nochmals auf ihren Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit überprüft werden. In der momentanen Wirtschaftssituation können wir es uns nicht mehr erlauben, päpstlicher als der Papst zu sein. Alle Massnahmen, bei denen wir – zum Beispiel beim Umweltschutz – europäisch ein Vorbild sein wollen, die aber unsere Konkurrenzfähigkeit weiter verschlechtern, sind tunlichst zu unterlassen oder mindestens auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Wenn wir unsere Entscheide in der unmittelbaren Zukunft darauf ausrichten, unsere Wirtschaft nicht weiter zu behindern sondern weiter zu fördern, kann aus meiner Sicht das Postulat, wie beantragt, abgeschrieben werden.

Zu den vier im Bericht des Regierungsrates 3492 zusammengefassten Postulaten: Der Bericht über den Wirtschaftsstandort Zürich, der Aussagen über die Wettbewerbsfähigkeit macht, stammt vom Februar 1995. Die Aussagen über Stärken und Schwächen und über Chancen und Gefahren für den Wirtschaftsraum Zürich waren zutreffend. Die Schlussfolgerungen in den 14 Thesen zeigen, wo und mit welchen Massnahmen der Hebel angesetzt werden muss. In den seither bereits wieder vergangenen 2 Jahren hat sich die wirtschaftliche Situation wiederum verschlechtert, die notwendige Strukturanpassung ist in vollem Gang, als augenfälliges Resultat kennen wir aber nur die immer grösser werdende Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Betriebsschliessungen. Die Frage stellt sich heute deshalb weniger nach dem qualitativen Wachstum unserer Wirtschaft, sondern danach, wie

wir unsere Wirtschaft überhaupt erhalten und wie wir vermeiden können, dass die Schweiz als Arbeits- und Marktplatz weiter an Bedeutung verliert. Der Weg wäre falsch, wenn der Staat im Sinne einer Planwirtschaft mit direkten Eingriffen regulierend in der freien Marktwirtschaft Einfluss nehmen würde. Die Strukturanpassung muss auf den Gesetzen der freien Marktwirtschaft ablaufen. Stützmassnahmen des Staates hätten eine aufschiebende Wirkung für die Strukturanpassungen und würden dadurch nur den erforderlichen wirtschaftlichen Aufschwung verzögern. Das Problem wäre nicht echt gelöst. Wo der Staat in dieser misslichen wirtschaftlichen Situation helfen kann und soll, ist in der Einflussnahme in die Randbedingungen. Der Staat kann die Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich beeinflussen über das vorgesehene Standortmarketing, aber da könnte man aus meiner Sicht noch mehr machen. Hier fehlt, wie bereits erwähnt, ein Gesamtkonzept. Was man noch mehr machen könnte, betrifft günstige steuerliche Rahmenbedingungen – das Steuergesetz kommt jetzt ja zur Abstimmung. Dieses Steuergesetz geht mir zwar ein bisschen zu wenig weit. Dann wären beschleunigte Bewilligungsverfahren wichtig, doch darüber dürfen wir nicht immer nur sprechen sondern handeln. Erwähnen möchte ich die gute Ausbildung auf allen Stufen und die Sanierung des Haushalts des Kantons Zürich.

Wie der Bericht des Regierungsrates aufzeigt, wurden sehr viele Massnahmen vorgeschlagen und teilweise bereits eingeleitet. Die Schwachstellen, die im Bericht «Wirtschaftsstandort Zürich» aufgelistet sind, werden mehrheitlich angegangen. Auch hat der Regierungsrat, wie wir vor etwa zwei Wochen gehört haben, im Schwerpunktprogramm die Ziele im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsstandort klar formuliert. Das Papier ist gut, es stellt sich nur die Frage, wie und ob alles umgesetzt wird. Eine eigentliche Massnahme, die mir persönlich aber noch fehlt, ist ein Controlling, welches es ermöglicht, die einzelnen geplanten Schritte zu überwachen und welches Alarm schlägt, wenn die Umsetzung ins Stocken gerät oder aber wenn sich die Randbedingungen so verändern, dass neue Massnahmen erforderlich sind. Eine solche Controlling-Funktion, es wurde auch schon im Ansatz erwähnt, könnte durch eine Kommission ausgeübt werden, die zum Beispiel zweimal im Jahr die Umsetzung all dieser Massnahmen überprüft und die Randbedingungen auf Veränderungen beurteilt.

Die Fraktion der SVP ist mit dem Antrag des Regierungsrates einverstanden und wird die erwähnten Postulate als erledigt abschreiben.

Ruedi Winkler (SP, Zürich): Ich bin nicht ganz sicher, ob wir alle die Situation gleich einschätzen. Einige von uns wissen es bestimmt: Wenn die Banken heute ihre ausstehenden Kredite nach bankwirtschaftlichen Kriterien beurteilen würden, würde dies in bestimmten Bereichen einem wirtschaftlichen Kahlschlag gleichkommen. Viele Kredite sind bankwirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Die Banken halten sie im Moment noch, dies entgegen den vielbeschworenen marktwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Wie lange sie dies noch tun, wissen wir nicht.

Wir wissen, dass die Grossbanken aus betriebswirtschaftlichen oder marktwirtschaftlichen Erwägungen ihren Sitz nicht mehr in der Schweiz haben müssten, sondern besser fahren würden, wenn sie ihn ins Ausland, an einen bedeutenderen Finanzplatz, verlegen. Sie tun es noch nicht, wir sind wahrscheinlich froh darum. Ich denke, dass sich die Situation in den letzten zwei Jahren gravierend verändert hat. Die Gemächlichkeit in der Politik, die auch in der Behandlung dieser Vorstösse und der Besprechungen innerhalb der Kommission zum Ausdruck kommt, genügt nicht mehr.

Die Mentalität, der wir anhangen, geht nicht mehr. Solange in diesem Lande jemand der Konkurs geht, ein Schandfleck ist, und solange jemand, der seinen Betrieb von Arbeitsplätzen befreit, zurücksaniert, ausgliedert, Betriebe einstellt und sie damit wieder in die schwarzen Zahlen führt, ein Held ist, solange werden wir nicht vorwärtskommen. Wir müssen Leute, die etwas riskieren, etwas probieren, Ideen haben und Produkte auf den Markt bringen, unterstützen.

Es geht nicht an, dass wir, wie Herr Zollinger es getan hat, darüber spekulieren, wann wir uns «den Luxus einer ökologischen Wirtschaft vielleicht wieder leisten können»: Wir können es uns nicht leisten, diesen «Luxus» nicht zu betreiben. Das ist nämlich einer unserer Zukunftsmärkte. Mentalitäten, die solche Dinge nicht erkennen, hindern uns mehr, als Gesetze es je tun können. Ich bin weniger dafür, dass wir ein Wirtschaftsförderungsgesetz machen, schon gar nicht eines, das uns Wirtschaftsförderung à la Neuenburg vorschreibt. Ich bin auch nicht so sehr für eine ständige Wirtschaftskommission. Ich wäre sehr dafür, wenn wir eine Regierung hätten, die so nahe an der

Wirtschaft wäre, dass sie merkt, wenn sich die Verhältnisse verändern. Wir können nicht mehr sagen, dass Wirtschaft, Sozialpartner die Politik nichts angehen oder die Produktion gehe die Konsumenten nichts an. Wenn wir eine Zukunft wollen, müssen all diese Gruppen zusammenstehen. Wofür ist denn die Politik da, wenn nicht dafür, solche Entwicklungen zu koordinieren, solche Netze zu knüpfen, solche Unternehmerinnen und Unternehmer zu unterstützen und ihnen Möglichkeiten zu bieten. Ich habe ein Communiqué einer Grossbank vor mir, die bei einer Umfrage bei kleinen und mittleren Unternehmen zitiert wird. Dort wird gesagt, dass die kleinen und mittleren Unternehmen nicht mehr daran glauben, dass sie von den privaten Institutionen zu ihrem Geld kommen. Das ist doch ein Alarmzeichen! Wenn wir diese eingehen lassen, wenn wir diese jetzt im Stich lassen, berauben wir uns des Rückgrats unserer Wirtschaft. Ich möchte einmal von der Regierung hören, dass sie über diese Zustände weiss, dass sie glaubt, dass man etwas tun müsste und dass sie auch der Meinung ist, dass dies nicht passieren kann, wenn sie diese sich selbst überlässt. Wenn wir die kleinen und mittleren Unternehmen sich selbst überlassen, werden wir in einigen Jahren eine Wirtschaft haben, die einige globalagierende Unternehmen mit wenig Arbeitsplätzen haben werden. Sie werden ihren Alltagsbedarf weit von ihrem Ort weg, in einer Qualität, die sie sich nicht wünschen, kaufen müssen. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir jetzt etwas tun. Wir können dies nicht über die Gesetzgebung erreichen, das ginge zu lange. Die Regierung muss etwas tun. Doch genügt es nicht, ein besseres Marketingkonzept auszuarbeiten.

Die Globalisierung wird oft als jener Bereich dargestellt, in dem die Wirtschaft ihre Chancen sieht. Das ist nur der eine Teil. Es gibt auch eine Lokalwirtschaft, es gibt auch das Gewerbe. Wenn wir das der Globalisierung überlassen, wird dieses Gewerbe sterben. Die Bauwirtschaft bietet ihnen diesbezüglich einen drastischen Anschauungsunterricht.

Wir von der Sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Fraktion bitten Sie, die Erkenntnisse über die effektive Lage jetzt zur Kenntnis zu nehmen. Sehen Sie doch wenigstens, wie es wirklich ist. Greifen Sie nicht auf Ihre Ladenhüter zurück! Bemerkungen, wie die von Herrn Zollinger, sind Ladenhüter aus der Vergangenheit. So kommen wir nicht weiter. Es hat keinen Sinn mehr, die Ökologie gegen die Ökonomie auszuspielen. Beide Aspekte müssen zusammen gehen und es geht auch zusammen. So kommen wir zu einer vorausblickenden

Wirtschaftspolitik und nicht zu einer rückwärtsgerichtet. In diesem Sinne bitte ich Sie, und besonders Herrn Homberger, Stellung zu nehmen.

Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil): Ich spreche zu den Vorlagen 3295, 3492, zur Parlamentarische Initiative Portmann und zur Motion Dürr: Eingangs möchte ich erwähnen, dass sowohl in der Kommission als auch in der Expertengruppe der Volkswirtschaftsdirektion zur ZKB intensive und gute, konsenssuchende Arbeit geleistet worden ist. Es sind verschiedene gute Lösungsvorschläge und Lösungsansätze zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Zürich erarbeitet worden. Ich erinnere an die 14 Thesen in der Studie.

Was ist das Ziel einer kantonalen Wirtschaftsförderung? Es ist banal und schon vielfach gepriesen worden: Es ist die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Gewerbe im Kanton Zürich zu wahren, zu erhalten und wenn möglich auch zu fördern und zu verbessern. Dies soll nicht nur gegenüber dem Ausland geschehen, sondern auch gegenüber den anderen Kantonen. Dabei müssen wir folgende drei Ziele anpeilen: Erstens müssen die Unternehmungen genügend – das heisst mehr – Freiräume für ein strammes und arbeitsplatzförderndes Gewerbe und eine ebensolche Industrie erhalten, ohne viele staatliche Interventionsmassnahmen. Zweitens braucht ein freies Unternehmertum optimale staatliche Rahmenbedingungen, das heisst ein unternehmerfreundliches Steuerklima, einen schlanken Staat ohne hohe Schulden und mit einer ausgeglichenen Rechnung, gute Infrastrukturen sowohl in Bezug auf den öffentlichen als auch auf den privaten Verkehr, eine Förderung von Jungunternehmern, kleinen und mittleren Betrieben, keine bürokratischen Leerläufe, sondern eine kundenorientierte Verwaltung mit hoher sachlicher Kompetenz. Drittens braucht es genügend gut ausgebildete und leistungswillige Arbeitskräfte. Diese Sätze haben Sie alle auch schon gehört und wahrscheinlich sogar ausgesprochen.

Für ein günstiges Wirtschaftsklima brauchen wir keine neuen Gesetze, Verordnungen oder Vorschriften. Diese vermögen in einer Zeit der Strukturanpassungen nicht mehr zu genügen. Wir brauchen ein günstiges Steuerklima. Hier stellt das neue Steuergesetz ein absolutes Minimum dar, beachtet man die Bemühungen in anderen Kantonen. Wir brauchen aber auch ein günstiges Investitionsklima, das weder durch Verbote noch durch langwierige Bewilligungsverfahren

torpediert und verhindert werden darf. Wir brauchen keine Hochglanz-Broschüren, welche das Wirtschaftsmarketing ankurbeln sollen.

Neben dem Staat brauchen wir aber auch die Wirtschaftspartner, besser gesagt einen Teil der Wirtschaft, nämlich die Banken. Diese haben wieder vermehrt dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft mit dem nötigen Geld versorgt wird, sei es für Jungunternehmer oder für Veränderungsprozesse. Schliesslich brauchen wir eine Verwaltung, eine Regierung, ein Parlament und auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die zum Wirtschaftsstandort Zürich stehen, die eine volkswirtschaftliche und somit auch sozialpolitische Verantwortung wahrnehmen und positive Signale für ein günstiges Wirtschaftsklima aussenden, indem sie die wirtschaftliche Erneuerung nicht ständig in Frage stellen und verhindern, sondern sich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien verhalten. Das ist nämlich die beste und effizienteste Wirtschaftsförderung, die wir betreiben können. Wenn ich die Voten der grünen Seite gehört habe, frage ich mich, ob das nun Wirtschaftsförderung sein soll.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen und die beiden Vorlagen 3295 und 3492 abzuschreiben.

Gleichzeitig möchte ich auch festhalten, dass die SVP-Fraktion die beiden Vorstösse der CVP, welche die staatliche Gesetzesmaximierung in Gang setzen wollen ablehnt, auch wenn wir mit deren Inhalt grosse Sympathien pflegen. Nicht neue Gesetze und Vorschriften, sondern ein wirtschaftsfreundliches Klima, auch bei den politisch Verantwortlichen brauchen wir. Das ist die beste Wirtschaftsförderung. Wir brauchen Taten und nicht Gesetze.

Anton Schaller (LdU, Zürich): Obwohl sich die Reihen zunehmend lichten, lassen Sie mich bitte zwei Aspekte darstellen. Unbestrittenermassen produzieren immer weniger Menschen immer mehr. Bezahlte Arbeit wird immer rarer. Noch haben wir in der Schweiz, im Vergleich zum Ausland, eine sehr gute Beschäftigungslage. Noch stehen wir mit über 40'000 Dollar nach Luxemburg an zweiter Stelle im Pro-Kopf-Einkommen. Doch hat die Schweiz in den letzten Jahren von der Vollbeschäftigung Abschied nehmen müssen. 1990 hatten wir noch 0,8 Prozent Arbeitslose, heute sind es über 5 Prozent. Europäische Staaten nähern uns an. In der gleichen Zeit hat es beispielsweise Holland verstanden, seine

Arbeitslosigkeit von 10 auf 7 Prozent zu reduzieren und kommt uns immer näher. Prognostiker malen Horrorszenarien an die Wand: 40 Prozent Arbeitslosigkeit in Europa. Andere schreiben und sprechen davon, dass in 30 bis 40 Jahren in Europa nur noch 20 Prozent Menschen einer bezahlten, herkömmlichen Arbeit nachgehen können. Das muss uns aufrütteln! Da müssen wir doch einen Halt einschalten und uns überlegen, ob wir heute das Richtige für morgen tun! Unsere Instrumente – zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung (ALV) – stossen an ihre Grenzen. Die ALV schreibt Milliardendefizite. Die Meinung herrscht noch vor, diese Defizite seien durch einen wirtschaftlichen Aufschwung wieder ins Lot zu bringen oder gar zu tilgen. Doch seien wir doch realistisch! Natürlich hoffe ich, dass jeder arbeitslose Mensch wieder Arbeit findet. Doch globalisiert sich die Wirtschaft zunehmend. Das oberste Ziel, die Produkte immer mehr zu verbilligen, haben zur Folge, dass Arbeitsplätze reduziert werden, dass immer weniger Menschen immer mehr und immer billiger produzieren. Die Wettbewerbsfähigkeit steigt damit auch, und die Aktienkurse boomen. In Europa und in den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern bewegen wir uns auf einen Kapitalismus ohne Arbeit hin. Seit 1. Januar haben die Aktienkurse für gute Produkte um bis zu 20 Prozent zugelegt. Der kleine Einbruch in der letzten Woche um 3,5 Prozent ist ein Zwischentief. Es ist so, wir haben bald Kapitalismus ohne Arbeit. Damit befinden wir uns in einer Entwicklung, die unser soziales Empfinden wachrufen muss.

Sie fragen sich vielleicht, was dies mit dem Kanton Zürich zu tun hat. Es hat sehr viel damit zu tun. Es hat auch sehr viel mit diesem Parlament zu tun. Denn es ist das wichtigste Parlament in der deutschen Schweiz, schliesslich ist Zürich ein Zentrum der Wirtschaft. 1988, als das Postulat Isler und Chanson eingereicht wurde, ging es darum, ein qualitatives Wachstum sicherzustellen. Als die Antwort 5 Jahre später vom Regierungsrat kam, sprach beispielsweise die ehemalige Kantonsrätin der Grünen Partei, Irene Meier, dazu: «Wir haben ein Hochkonjunktur-Postulat vorliegen mit einer Rezessionsantwort». Das ist unser Rhythmus. Mit diesem Rhythmus kommen wir nicht mehr zu Rande. Wenn man die Protokolle der damaligen Kommissionssitzungen nachliest, spürt man, dass die Kommission an sich die Zeichen der Zeit verstand. Man sprach von einer ökologischen Steuerreform. Die Verwaltung und die Regierung wiegelten damals gehörig ab und sagten: «Das lässt sich mit dem eidgenössischen Steuerharmonisierungsgesetz nicht vereinbaren». Im Juni stimmen wir

über das Steuergesetz ab. Dieses ist bar jeder ökonomischen Komponente, und auch auf nationaler Ebene habe wir keine Vorstösse in diese Richtung, die uns in Zukunft eine bessere, wirtschaftsfreundlichere Steuergesetzgebung zulassen. Von dieser ökologischen Steuerreform wird künftig zu reden sein, und zwar ganz präzise. Denn wenn die Arbeit und die arbeitenden Menschen in ihrer Zahl abnehmen, brauchen wir andere Steuereinnahmen. Wir werden längerfristig von der Einkommensbesteuerung Abschied nehmen müssen – nicht morgen oder übermorgen, aber in 10 Jahren werden wir soweit sein. Wenn wir das wollen, müssen wir dies jetzt einleiten.

Die anderen Postulate, die Postulate Hösly, Bretscher, Heitz, Isler, Dürr, Berset und Roth, die wir auch abschreiben wollen, wurden im Ton nun etwas fordernder. Die Rezession wurde spürbarer. Die Regierung reagierte auf diese Postulate nun etwas schneller, etwas speditiver. Die Studie der Kantonbank und der Bericht der Regierung wiesen immerhin in etwa den Weg. Wenn ich aber in der ersten These der Kantonbankstudie lese, die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons sei zur Zeit noch weitgehend intakt, sehe ich das Wort «noch», und dieses Wort muss Aufmerksamkeit erregen. Damit können wir uns doch nicht zufriedengeben. Die wirtschaftliche Entwicklung ist heute derart rasant, dass sowohl diese Studie als auch der Bericht der Regierung vollkommen überholt sind. Wir haben in der Kommission über Berichte geredet, die nicht mehr auf dem aktuellsten Stand sind. Beispielsweise steht in einer These, dass der Kanton Zürich die Telekommunikation nachhaltig anbieten soll. Aber wie und wo und was – darüber stand kein Wort. So geht es nicht mehr weiter. Wir können das bedauern, wir können aber auch handeln. Die vergangenen Jahre und die Erfahrungen mit der Kommission zeigen, dass wir eine ständige Wirtschaftskommission unbedingt brauchen. Diese muss vernetzt sein mit anderen Kommissionen, beispielsweise mit der Steuergesetzkommission. Dort sind Ansätze einer neuen Standortpolitik spürbar.

Noch ein Wort an die Sozialdemokraten: Sie bekämpfen dieses Steuergesetz, das eine kleine Verbesserung der steuerlichen Situation der Unternehmen, in denen Ihre Leute arbeiten, enthält. Sie tun dies, obwohl wir wissen, dass es vielleicht 4 oder 5 Jahre dauern wird, bis wir ein solches Steuergesetz bekommen. Wir brauchen eine aktuelle Berichterstattung der Regierung über die wirtschaftliche Situation, und dies laufend. Welche Branchen haben Chancen, welche nicht? Wir brauchen eine aktivere Wirtschaftsförderung. Für die

Wirtschaftsförderung im Kanton Zürich sind im Budget wohl 400'000 Franken eingestellt, verfügbar sind aber nur 250'000 Franken. Kürzungsanträge der bürgerlichen Seite haben es reduziert. Das ist die Realität. Im Kanton Neuenburg sind es über 3 Millionen Franken für die gleiche Arbeit, das ist Realität. Mit diesen winzigen Geldern kann nicht das getan werden, was getan werden muss. Wir brauchen aktives Standortmarketing. Bis Mitte Juni soll es stehen, aber es steht noch nicht. Wir brauchen Risikokapital. Im März 1997 ist die Kantonbank aktiv geworden. Sie eröffnet einen Fonds für Risikofinanzierung in der Höhe von sage und schreibe 15 Millionen Franken. Es liegen bereits 40 Anfragen vor, 25 bis 30 darunter sind seriös, 5 bis 6 werden Geld bekommen. Aber ich frage Sie: Genügt das? Das genügt nicht!

In Holland hat man einen Konsens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefunden. Auch das müssen wir bei uns anstreben. Wir müssen einen Konsens finden, damit wir diese wirtschaftliche Situation in den Griff bekommen.

Ich frage Sie heute: Wollen wir diese Parlamentarische Initiative überweisen? Ich sage Ja. Wir sollen sie überweisen, damit wir aktiv werden.

Ich sage aber der CVP noch ein Wort: Sie wollen Schulgelder für die Mittelschulen. Damit wollen Sie einen Standortvorteil abschaffen. Wo sind die Zusammenhänge? Wo ist die Logik Ihrer Politik? Sie spielen mit einem Standortvorteil und wollen ein Gesamtkonzept. Dieser Widerspruch können Sie nächste Woche aufheben.

Ich danke Ihnen, dass Sie etwas leiser waren als gewohnt und hoffe, Sie werden die Parlamentarische Initiative unterstützen.

Ratspräsidentin Esther Holm: Ja, Herr Schaller, mir ist auch aufgefallen, dass es bei Ihnen noch nie so ruhig war. Aber das ist der Nachmittag denke ich. Aber so ganz persönlich war es nicht gemeint, es betrifft auch andere Rednerinnen und Redner.

Hansruedi Hartmann (FDP, Gossau): Die Ausführungen betreffen die Berichte 3295 und 3492. Mein Votum soll die Richtigkeit des Antrages des Regierungsrates und der Kommission auf Abschreibung unterstreichen. Am Schluss werde ich noch zur Motion 213/1996 sprechen.

In Absprache mit dem Kommissionspräsidenten gebe ich Ihnen einen Bericht zum CIM-Aktionsprogramm (CIM: Computer Integrated Manufacturing). Dies Programm lief unter der Obhut der ED (Erziehungsdirektion), die Verbindung zur Volkswirtschaftsdirektion ist jedoch stark. Gestartet wurde das Programm in der Amtszeit von Regierungsrat Gilgen. Im Bericht 3295 unter dem Titel III, 2 «Innovationsförderung» ist ab Seite 8 das vom Bund und von Kantonen lancierte 6 Jahre dauernde CIM-Aktionsprogramm erwähnt. Ebenso finden wir es im Bericht 3492 unter dem Titel «Technologietransfer» ab Seite 20 und auf den Seiten 23 und 24.

Das CIM-Aktionsprogramm dauerte von Anfang 1991 bis Ende 1996. Der Kantonsrat bewilligte am 2. März 1992 einen Betrag von 8,68 Millionen Franken. Durch diese Zustimmung hat sich der Kanton Zürich am bisher grössten Technologieförderungsprogramm der Schweiz beteiligt. Gesamtschweizerisch haben Bund, Kantone und Wirtschaft je etwa 80 Millionen Franken investiert. Das CIM-Aktionsprogramm stand unter der Oberleitung des Bundesamtes für Konjunkturfragen. Acht regionale Zentren wurden in der Schweiz aufgebaut. Eines davon war CIMREZ (CIM Region Zürich), dazu gehörten die Kantone Zürich, Schaffhausen, Glarus, Teile der Kantone Thurgau, St. Gallen und Schwyz. Der Kommissionspräsident hat CIMREZ in seinen Einführungen kurz erwähnt. Ende 1996 wurde das Programm abgeschlossen.

Übrigens noch zu meiner Interessenbindung: Ich war während den letzten zweieinhalb Jahren des Programms nebenamtlicher Vorsitzender der CIMREZ-Geschäftsleitung.

Oberste Ziele des Aktionsprogramms waren: Die Stärkung der Wirtschaft, Aus- und Weiterbildung, praxisorientierte Forschung und Entwicklung sowie der Technologietransfer. CIM steht im Spannungsfeld des ganzheitlichen Ansatzes Mensch, Technik, Organisation und Umwelt. Was hat das Programm über die qualitative Weiterentwicklung der Zürcher Wirtschaft gebracht? CIMREZ konnte Erfolge verzeichnen als Bindeglied zwischen Schulen, Wirtschaft und Technologietransferinstituten. Praktiziertes ist das beste Denken, der Präsident hat darauf hingewiesen. Die Kräfte wurden gebündelt. Der Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Schulen und Politik ist zum Nutzen aller enger geworden. Im Bereich Wirtschaft waren es vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die sogenannten KMU, welche unterstützt wurden – zum Beispiel durch den besseren Zugang zu den Ingenieur-, Fach- und Hochschulen. Eine Unterstützung durch

Fachspezialisten verschiedenster Disziplinen direkt oder in gemeinsamen Projekten fand und findet immer noch auf breiter Ebene statt. Das Aktionsprogramm belegte eine deutlich engere Zusammenarbeit in verschiedensten Fachdisziplinen zwischen dem Technikum Winterthur sowie den Ingenieurschulen Wädenswil und Rapperswil und der HWV Winterthur.

Die Situation: Seit dem 1. Januar 1997 sind die Geldquellen vom Bund und den CIMREZ-Kantonen versiegt. Der Geldhahn ist zu. Die am CIMREZ aufgebauten Kompetenzen wurden an die Ingenieurschulen überführt. Dort werden sie im Rahmen der zukünftigen Fachhochschulen zum Teil unverändert oder in reduzierter Form weitergeführt. Es gab auch Bereiche, die mit dem Ende des Aktionsprogramms abgeschlossen werden konnten. Es wird heute anerkannt, dass CIMREZ wertvolle Schrittmacherdienste für den Aufbau der zukünftigen Fachhochschulen geleistet hat. Spätestens hier meine ich, dass die Aussage von Herrn Portmann, es wäre nichts unternommen worden, es sei nichts geschehen, nicht stimmt.

Wie geht es weiter? Das Netzwerk des CIM-Aktionsprogramms und die hervorragenden Kontakte zur Wirtschaft müssen weiter gepflegt werden und den neuen Fachhochschulen zugänglich sein. Der Bereich praxisnahe Forschung und Entwicklung muss in den neuen Fachhochschulen verstärkt werden. Dabei ist dringend notwendig, dass für die Professoren einerseits Freiraum für diese praxisnahe Entwicklungsarbeit geschaffen wird, andererseits der Mittelbau an den Hochschulen aufgebaut wird. Der Aufbau des Mittelbaus sollte dabei auch schwergewichtig durch Projektbeiträge aus der Wirtschaft mitfinanziert werden. Dadurch gewinnt der Technologietransfer, der im Bericht 3492 erwähnt ist, automatisch an Bedeutung und Wirkung.

Zur Förderung des Wissenstransfers der Wirtschaft und speziell der KMU unter sich, sowie zu den zukünftigen Fachhochschulen, ist eine schlanke Technologie und Innovationstransferstelle in Planung. Sie soll die erwähnten Prozesse wirksam unterstützen. Federführend dabei sind Personen aus dem Umfeld von KMU, also Industrieunternehmer, Grossfirmen, und aus dem ehemaligen CIMREZ.

Interessiert an der noch zu schaffenden Drehscheibe für den Wissenstransfer ist ein Teil der CIMREZ-Kantone. Diesbezügliche Gespräche sind im Gange. Wirtschaftshemmnisse können nicht durch neue Gesetze und Verordnungen abgebaut werden. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, zündende Ideen in einem günstigen

Umfeld schnell umzusetzen. Dazu reicht zum Beispiel eine Baracke, in der ein Forscher oder ein Entwickler jederzeit und diskussionslos ein Loch in die Wand sägen kann, wenn es für seine Arbeit nötig ist. Dies muss er tun können ohne hierfür ein Dutzend Gesuche stellen zu müssen und auf deren Bewilligung monatelang zu warten.

Bund und Kantone schaffen zur Zeit in dieser Richtung Erleichterungen. Diese können noch ausgebaut werden.

Die Auslegeordnung durch die beiden Berichte ist wertvoll. Direkter Handlungsbedarf kann daraus nicht in Form neuer Vorstösse abgeleitet werden. Ich bitte Sie, der Abschreibung zuzustimmen.

Zur Motion Lucius Dürr und Mitunterzeichnende: Die FDP-Fraktion wird die Motion nicht unterstützen. Die Motion wurden am 8. Juli 1996 eingereicht. Seither ist vieles in Gang gesetzt worden, das genau die Anliegen der Motionäre trifft. Die FDP setzt sich vehement für die KMU ein – dies genauso auf eidgenössischer wie auch auf kantonaler Ebene. Wir wollen verbesserte Markt- und Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und für die darin eingeschlossenen KMU. Wie bereits erwähnt, sind Bund und Kantone intensiv an der Arbeit, diese Rahmenbedingungen zu verbessern. Die FDP will aber nicht neue Gesetze schaffen nur damit bestehende Gesetze abgeschafft werden können – schon gar nicht dort, wo der Entschlackungsprozess im Moment läuft. Wir bitten die Motionäre, ihre Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Überweisung des Postulats würde sich die FDP unter bestimmten Voraussetzungen nicht widersetzen.

Franz Cahannes (SP, Zürich): Ich bin mit Herrn Zollinger insofern einverstanden, als die verschiedenen Postulate natürlich den Zeitgeist atmen. Gar nicht einverstanden bin ich hingegen mit dem – in seinen Augen – Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie. Kollega Winkler hat es erwähnt, deshalb gehe ich nicht näher darauf ein. Ökologie und Ökonomie beißen sich nicht. Im Gegenteil: Die Ökologie birgt sogar viele Chancen für die Wirtschaft in sich.

Zur Vorlage 3295, das Postulat Isler, atmet den positiven Geist der Hochkonjunktur der Achzigerjahre und bringt auch Forderungen auf den Tisch, die man gerne erfüllt gehabt hätte. Dem gegenüber kommt die rezessionsbedingte Antwort der Regierung, die bereits den Geist der Neunzigerjahre atmet. Diese Antwort summiert verschiedene Punkte auf, welche sich auf Bundesebene, auf kantonaler Ebene und auf der Ebene der Privatwirtschaft bewegen, um am Schluss, auf Seite 10, eine

Feststellung zu treffen, die ich als solche nicht im Raum stehen lassen möchte: Die Regierung schreibt: «Es besteht keine Notwendigkeit, die konkreten Aufgaben des Staates in den verschiedenen angesprochenen Bereichen zu einem Konzept 'Qualitatives Wachstum' zu bündeln. Ein solches Zeitbild wäre vielleicht von theoretischem Interesse, aber ohne ersichtlichen praktischen Nutzen. Der Regierungsrat setzt sich die Verstärkung der Marktkräfte zugunsten des qualitativen Wachstums zum Ziel.» Die Antwort ist inzwischen auch schon über 4 Jahre alt. Wir haben gesehen, was uns die ausschliessliche Referenz auf die Marktkräfte gebracht hat. Wir sind von Strukturproblemen, die wir damals hatten und heute noch haben, in eine tiefe Rezession abgerutscht. Ich verhehle nicht, dass wir wenig davon halten, wenn man die Wirtschaftskräfte sich selbst überlässt, wenn sich der Staat zurückzieht und sagt: «Bitte schön, wir haben gewisse Rahmenbedingungen, der Rest ergibt sich von selbst». Seit 6 Jahren sehen wir, dass wir mit einer solchen Wirtschaftspolitik, die eben keine Wirtschaftspolitik ist, nicht weiterkommen. Hier wird von Konsens gesprochen – in diesem Punkt haben wir einen erheblichen Dissens.

Wie ist die Kommissionsarbeit verlaufen? Der Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen, dass wir in freudiger Erwartung der Ergebnisse der ZKB-Studie die Kommissionsarbeit eingestellt haben. Ich konnte als Experte selbst an dieser Studie mitwirken. Dort haben wir den Wunsch eingebracht, dass in qualitativen Momenten der Wirtschaftsentwicklung Rechnung getragen wird. Anstatt dies zu tun und vielleicht eine Teilstudie in Auftrag zu geben, hat man «heruntergeputzt», indem man uns «Profilneurotiker» genannt und keine Gelder zur Verfügung gestellt hat. Statt dessen wurden für eine separate Studie zur Steuerfrage Gelder zur Verfügung gestellt, obwohl sich klar abzeichnete, dass dieser Punkt nicht der alles entscheidende ist. Es ist schade, dass die Wirtschaftsstudie, die durchaus auch positive Aspekte hat, hier nicht mehr in die Tiefe ging. Das Thema «qualitatives Wachstum» wurde leider entgegen diesen Wünschen kaum beachtet. Diese Chance wurde verpasst.

Ich erlaube mir eine kurze Bemerkungen bezüglich dieses Postulat-Marathons. Wir sehen verschiedene Postulate, wir haben unsere Berichte und am Schluss führen wir ohne irgendwelche Entscheidungskompetenzen eine riesige Diskussion im luftleeren Raum. Postulate sind Waffen, die ausser Diskussionen nichts bewirken. In diesem Sinne können wir der Abschreibung dieser Postulate durchaus zustimmen.

In der Vorlage 3492 hat die Regierung eine gute Übersicht erstellt. Leider ist wenig Fleisch am Knochen. Immerhin wird die Umwandlung der Europafachstelle vorgemerkt und inzwischen wurde dies auch vollzogen. Für ein gezieltes Standortmarketing fehlen hier aber die konkreten Mittel. Mit tut Herr Niederbacher auf der Tribüne fast ein bisschen Leid, wenn ich daran denke, was er für das Standortmarketing alles tun sollte – und das für 250'000 Franken! Für mich sind die Krokodilstränen von gewissen Leute fehl am Platz. Es nützt ja nichts, wenn dann in der Parlamentarischen Initiative, die wir auch heute behandeln, das Betreiben eines umfassenden Standortmarketings verlangt wird und die gleichen Leute anlässlich der Budgetdebatte das Budget für diese Stelle kürzen. Die Rechnung geht nicht auf, die Situation ist für mich schizophr.

Insgesamt kann man feststellen, dass wir verschiedene Postulate haben, die noch pendent sind. Auch in dieser Parlamentarische Initiative wird die Koordination der Bewilligungsverfahren verlangt. Der Regierungsrat kann uns vielleicht sagen, wieviele Postulate in diese Richtung noch pendent oder in Bearbeitung sind. Auch hier müsste man vielleicht etwas unternehmen und nicht nur davon reden. Das erste Postulat habe ich vor über dreieinhalb Jahren eingereicht, und es wurde überwiesen. Wir sprechen immer über das gleiche Thema, doch gehandelt wird nicht.

Nötig wäre die Betonung der Stärken unseres Wirtschaftsstandorts Zürich, das wären Bildung, Infrastruktur, Lebensqualität und Lebensumfeld. Das sind alles Dinge, die wir uns in der Wirtschaftsstudie Kanton Zürich zu Gemüte haben führen können. In diesen Punkten müssen wir fördernd eingreifen, statt permanent zu bremsen oder sogar über die schlechte Wirtschaftslage zu jammern. Wenn hier von verschiedener Seite – ich denke an die Herren Dürr, Betschard und Zuppiger – immer wieder gesagt wird, der Staat müsse nur die Rahmenbedingungen verbessern, so ist auch eine Deregulierung eine besondere Form von Regulierung. Wir wehren uns dagegen, wenn diese Regulierung nur zugunsten der Kapitalbesitzer stattfinden sollte und nicht auch zugunsten des Sozialen und des Ökologischen.

Doris Gerber-Weeber (SP, Zürich): Ich spreche zum Thema «Neue, innovative Arbeitsplätze für den Kanton Zürich» und zwar ähnlich konkret wie es vorhin Herr Hartmann getan hat, vielleicht sogar noch etwas konkreter.

Es ist klar, dass ich auch zur Verknüpfung des Bildungswesens mit dem Arbeitsplatz Zürich sprechen möchte und zwar in folgender Weise: Für neue und innovative Arbeitsplätze brauchen wir fähige, gut ausgebildete, unternehmenslustige Männer und Frauen, wir brauchen Geld – das ist klar – und wir brauchen neue Erkenntnisse, die sich in Produkte umsetzen lassen. Technologische Erkenntnisse werden bei uns viele produziert; an der Universität, an der ETH, an unseren jetzigen höheren Fachschulen, an den zukünftigen Fachhochschulen. Aber sie werden, meiner Ansicht nach, zu wenig systematisch genutzt. Der Transfer in die Praxis ist schlecht, ungenügend. Wir sind zu wenig effektiv und zu wenig effizient in dieser Hinsicht. Mit nicht wenig zusätzlichen Mitteln könnte da aber etwas gemacht werden, zum Beispiel an der Ingenieurschule am Technikum Winterthur. Dort gibt es in den fortgeschrittenen Semestern Erkenntnisse aus der angewandten Forschung, die für die Praxis bereitliegen. Interessenten rekrutieren sich vor allem aus dem Kreis KMU. Doch fehlt es an Geld für die sogenannte Erstberatung der Überführung dieser Erkenntnisse in die Praxis. An dieser Stelle möchte ich Herrn Müller zitieren, er ist Direktor des TWI (Technikum Winterthur Ingenieurschule). Er hat letztes Jahr an einer Presseorientierung gesagt: «Die Fachhochschule muss die personellen und finanziellen Mittel für eine kostenlose Erstberatung bei den KMU erhalten. Das Resultat dieser Beratung muss eine Formulierung des Problems und eine Abschätzung der Erfolgsaussichten und der Kosten für die Erarbeitung einer Lösung sein.» Erst in diesem Stadium sind die KMU bereit, finanzielle Verpflichtungen einzugehen. Die beteiligten Dozenten können dann entscheiden, ob Teilprobleme in Semester- oder Diplomarbeiten untersucht werden können, ob sich der Einsatz eines Assistenten lohnt und welche Fragen vom Dozenten selbst zu bearbeiten sind.

Für die KMU und für die Fachhochschulen ist eine intensive Zusammenarbeit ausserordentlich wichtig. Sie kann jedoch nur erreicht werden, wenn die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen auf eine neue finanzielle Basis gestellt wird. Das bedeutet: Damit haben wir interessante und praxisrelevante Semester- und Diplomarbeiten in diesen Schulen – hier speziell am TWI, dies gilt natürlich aber auch für die anderen entsprechenden Schulen. Wir haben motivierte Studierende, die wissen, dass sie an konkreten Problemen arbeiten. Auf diese Weise können wir erreichen, dass, aufgrund neuer Erkenntnisse, neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In diesem Prozess werden auch Arbeitsplätze für

Neuabsolventen dieser Schulen – hier zum Beispiel des TWI – geschaffen, und es entstehen ganz generell Arbeitsplätze in der regionalen Umgebung dieser Schulen. Was mir sehr wichtig erscheint, ist eine Verknüpfung zwischen den Arbeiten der Volkswirtschaftsdirektion und der Erziehungsdirektion – das TWI ist ja eine Institution der Erziehungsdirektion, heute ist der Volkswirtschaftsdirektor anwesend. Es ist dringend notwendig, dass sich Herr Buschor und Herr Homberger oder ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einen Tisch setzen. Mit verhältnismässig kleinem Aufwand könnte hier eine gute Wirkung für den Kanton Zürich erzielt werden. Konkret: Stellen Sie dem TWI so schnell wie möglich einen entsprechenden Kredit für diese Erstberatung zur Verfügung, und wir haben schon nächstes Jahr die Auswirkungen.

Ratspräsidentin Esther Holm: Damit sind die Mitglieder der Kommission zu Worte gekommen. Es haben die übrigen Ratsmitglieder das Wort.

Dr. Lukas Briner (FDP, Uster): Ich spreche kurz zur Parlamentarischen Initiative Portmann, da ich Ihnen die Begründung der Haltung der FDP-Fraktion schuldig bin. Unsere diesbezügliche Haltung ist überwiegend negativ. Dies ist sie aber nicht weil auch Richtiges in der Begründung der Parlamentarischen Initiative stände, sondern – und hier blase ich in ein Horn, in welches schon Herr Zuppiger gestossen hat – weil wir davon überzeugt sind, dass der Patient Wirtschaft nicht an weiteren Gesetzen genesen kann. Er ist nämlich an zu vielen Gesetzen erkrankt. Die Idee eines Wirtschaftsförderungsgesetzes ist im Übrigen auch nicht neu. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, dass es andere Kantone gibt, die solche kennen – allerdings nicht nur mit grossem Erfolg, sondern teilweise auch mit ordnungspolitisch fragwürdigen Inhalten. Schon in Zeiten der Hochkonjunktur gab es solche Wirtschaftsförderungsgesetze, und Zürich entwickelte sich ohne ein solches weit dynamischer. Es kann nicht an diesen Gesetzen liegen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung da und dort besser verläuft. Allerdings, und dies räume ich ein, half die eine oder andere Massnahme. Für eine oder zwei Massnahmen brauchen wir allerdings kein neues Gesetz. Auch eine Organisation der Wirtschaft, bei der ich zu arbeiten die Ehre habe, die Zürcher Handelskammer, hat ein Wirtschaftsförderungsgesetz stets abgelehnt. Grosse Teile der

Wirtschaft wollen kein weiteres Gesetz. Doch sie wollen mehr Verständnis der Regierung und der Verwaltung für die Anliegen der Wirtschaft. Wenn der Staat der Wirtschaft mit Hilfe droht, ist immer Vorsicht am Platz. Denn stets ist damit auch Intervention verbunden, und in vielen Fällen auch verfehlte Strukturhaltung.

Standortmarketing zu betreiben ist richtig, aber in jedem Marketinglehrbuch steht auf Seite 1 oder wenigstens 5, dass Marketing mit einem guten Produkt beginnt. In diesem vorliegenden Falle besteht die Gefahr, dass dafür einfach eine grosse Menge Geld ausgegeben wird.

Förderung von Jungunternehmen Ja. Aber dadurch, dass eine generelle Erleichterung von Unternehmungen stattfindet und dass auch die Gewinnaussichten verbessert sind, wird auch nur derjenige investieren, der mit grossen Gewinnen rechnen kann, die er zum grossen Teil behalten kann. Koordinationen von Bewilligungen sind auch zu befürworten. Doch dazu brauchen wir kein Gesetz. Und finanzielle Unterstützung von Unternehmen, wie sie hier vorgesehen ist, kommt für die FDP schlicht nicht in Frage. Subventionen, seien sie nun über gezielte Steuererleichterungen, seien sie über direkte staatliche Hilfe, stehen für uns ausser Frage. Richtig ist, dass wir in unserer Wirtschaft neue Unternehmen brauchen. Neue Bäume im Wald der Wirtschaft müssen nachwachsen, weil auf Dauer nicht auf die alten gezählt werden kann. Der Staat soll diese Bäume aber nicht selber pflanzen, sondern er soll das Gestrüpp der staatlichen Vorschriften auslichten, damit die jungen Triebe nachwachsen können. Wirtschaftsförderung birgt in sich die Gefahr der Wirtschaftslenkung. Wir haben heute aber mit dem schon erwähnten Herrn Niederbacher, der aufmerksam zuhört, einen Mann, der seine Aufgabe als Stachel im Fleisch der Verwaltung bereits wahrzunehmen beginnt. Er wird auch mit bescheidenen Mitteln die Möglichkeiten haben, in der Verwaltung einzuwirken, damit wirtschaftsfreundliches Denken zunimmt.

Gesetze, liebe Kollegen aus der CVP-Fraktion, bekämpft man nicht mit neuen Gesetzen. Deshalb unterstützen wir grossmehrheitlich die Parlamentarische Initiative nicht.

Hans-Peter Züblin (SVP, Weiningen): Die Standortattraktivität des Kantons Zürich darf nicht noch mehr sinken. Leider haben wir es im Steuergesetz zum Teil verpasst, diese zu verbessern, indem wir den Maximalsteuerfuss nicht gesenkt haben. Dies wird sich, so glaube ich,

für den Kanton Zürich noch negativ auswirken. Wir müssen in der heutigen, schnellebigen Zeit, vermehrt darauf bedacht sein, die Bewilligungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wir müssen darauf bedacht sein, nicht noch mehr Hemmnisse für die Wirtschaft und für das Gewerbe aufzubauen. Denn die Wirtschaft, das sind wir alle, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Eine Wirtschaft kann nur florieren, wenn die Grundlagen dazu gegeben sind. Diese Grundlagen stimmen im Moment nicht und die erreichen wir nur, wenn wir wieder effizientere und schnellere Wege im Bewilligungsverfahren einleiten und nicht alles hinterfragen und für jede Kleinigkeit ein neues, hemmendes Gesetz schaffen, respektive fordern. Wir müssen dazu kommen, wieder jedes Gesetz auf seine Durchführbarkeit zu hinterfragen. Wir müssen auch den Mut haben, Gesetze, welche diese Kriterien nicht mehr erfüllen, abzubauen. Wirtschaft fördern wir nicht mit immer mehr Formularen und immer mehr Papieren. Den Wirtschaftsstandort Zürich fördern wir schon gar nicht, wenn nun über alle möglichen Kreise versucht wird, den bereits vom Volk bewilligten Ausbau des Flughafens Zürich zu verzögern. Den Flughafenausbau braucht die Wirtschaft, den Flughafenausbau braucht aber auch das Zürcher Gewerbe heute und nicht erst in 5 Jahren. Ich rufe daher die Bremser des Flughafenausbaus auf, auch auf das Gewerbe sowie auf die Arbeitsplätze, welche dadurch erhalten oder geschaffen würden, zu achten. Wir brauchen für die Wirtschaftsförderung auch kein neues Gesetz, wir brauchen Taten. Wir brauchen vor allem eine gute Bildung in Form von Fachschulen. Die beste Wirtschaftsförderung schaffen wir nicht mit Gesetzen, sondern mit schnellen und vereinfachten Bewilligungsverfahren ohne Bremsklötze. Die Zürcher Wirtschaft und das Zürcher Gewerbe sind bereit, wieder auf das Gas zu treten, schaffen wir Politiker dazu die nötigen Voraussetzungen.

Vreni Püntener-Bugmann (Grüne, Zürich): Einmal mehr wird jetzt im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation im Kanton Zürich auf die sogenannte absolute Notwendigkeit des Flughafenausbaus hingewiesen. Dies tat gerade jetzt Herr Züblin, vorhin tat es der Kommissionspräsident. Die Grünen wollen diese Forderung nicht unwidersprochen stehen lassen. Sie weisen diese einseitige Haltung zurück. Mit dem Ausbau sollen ja bekanntlich in erster Linie mehr Flugbewegungen erfolgen und mehr Passagiere jährlich auf dem Flughafen Zürich-Kloten starten und landen. Die bisherigen Passagiere und die zusätzlichen Passagiere sind aber nur zu einem ganz kleinen

Teil Geschäftsleute. Sogar der Konzernchef der Swissair bestätigt, dass der Anteil des Geschäftsverkehrs bei der Swissair klein ist, ebenso auf dem Flughafen als Gesamtes. Er sagt sogar, davon könnten die Fluggesellschaften ja keinesfalls leben. Das Wachstum des Flugverkehrs und damit der Ausbau des Flughafens sind vor allem nötig wegen der Zunahme der Billigflüge und des noch viel grösseren Billigtourismus'. Ein neustes Beispiel dazu lesen wir heute im «Tages-Anzeiger»: «Noch billiger ans Meer». Für weniger als 300 Franken können Sie nachts mit Kuoni eine Woche lang nach Griechenland fliegen. Heute sind es nicht mehr die Geschäftsmänner oder Geschäftsfrauen, die vermehrt fliegen, sondern Touristinnen oder Touristen, die ihre Ferien in einem fernen Land verbringen wollen. Dies nützt dem Wirtschaftsstandort Zürich nichts, im Gegenteil: Es schädigt die Schweizer Wirtschaft im Bereich des Tourismus'. Statt Ferien in der Schweiz gibt es also einen Billigflug in ein beliebiges Land der Welt.

Es wurde auch das Argument angebracht, der Flughafenausbau sei für die Zürcher Bauwirtschaft notwendig. Auch diese Sichtweise ist für die Grünen zu beschränkt. Der Flughafenausbau kostet hunderte von Millionen Franken für den Kanton Zürich, welche später bekanntlich zurückbezahlt werden sollten. Wenn nun aber auf Grund des Konkurrenzdrucks im Flugverkehr immer noch billiger geflogen werden muss, und es für die Rückzahlungen an den Kanton Zürich an Einnahmen fehlt, sind die zusätzlichen Aufträge für die Bauwirtschaft mit Defiziten oder mit Sparmassnahmen in anderen Bereichen erkaufte worden. Das ist keine Arbeitsplatzförderung.

Das Wachstum des Flugverkehrs hat negative Folgen: Umweltkosten zum Beispiel, welche die Volkswirtschaft, die Bevölkerung zu tragen haben. Es geht zum Beispiel auch um gesundheitliche Beeinträchtigungen durch den Lärm oder um zusätzliche Atemwegkrankungen, welche durch die Luftbelastung vom Luftverkehr einerseits aber auch vom landseitigen Verkehr erzeugt werden. Wir haben langfristig also auch die Folgen der Klimaveränderung zu tragen. Wir haben mehr wirtschaftliche Kosten als wirtschaftlichen Nutzen.

Bezüglich Flughafenausbau ist für die Grünen darum ganz klar, dass der Flughafen Zürich-Kloten in seiner heutigen Form weitaus genügend Raum für den Geschäftsverkehr hat und seine Funktion für die Zürcher Wirtschaft erfüllt. Der Ausbau ist dafür nicht nötig.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): In aller Kürze, so wie es uns die Frau Präsidentin nahegelegt hat, dafür zielorientiert spreche ich zur Parlamentarische Initiative Portmann und zur Motion Dürr.

Auch wenn ich Herrn Portmanns Euphorie bezüglich der potentiellen Wirkung seiner Parlamentarischen Initiative nicht teile, glaube ich, dass wir ihr eine Chance geben können. Schauen wir uns die Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung an, die auf kantonaler Ebene vorhanden sind. Schliesslich müssten auch Massnahmen im Sinne der Gegenseite besprochen werden und einmal eine Mehrheit hier finden. Auch Deregulierungsmassnahmen sind nicht Manna vom Himmel. Auch sie sollen diskutiert werden. Die Parlamentarische Initiative Portmann bietet uns jetzt diese Möglichkeit.

Ähnliches sage ich zur Motion Dürr: Ich höre sehr gerne, was Herr Hartmann zur Situation der KMU gesagt hat. Ich bin auch der Meinung, es sei eine gute Sache mit der CIM. Es ist auch sehr schön, dass dies weitergeführt wird. Trotzdem glaube ich, dass auch hier noch einiges möglich ist. Die Argumente, die uns die Regierung zur Motion geliefert hat, scheinen mir sehr dürftig oder zumindest veraltet. Ich würde es als sinnvoll erachten, die Geschichte auf den neusten Stand zu bringen. Wir sagen auch Ja zu dieser Motion, ob sie nun als Motion oder als Postulat läuft.

Rudolf Ackeret (SVP, Bassersdorf): Der Bericht des Regierungsrates zum Abbau von Wirtschaftshemmnissen ist zu begrüßen. Es müssen in diesem Zusammenhang keine weiteren Parlamentarischen Initiativen oder Motionen überwiesen werden. Wichtig ist, dass die vom Regierungsrat genannten Massnahmen zielgerichtet an die Hand genommen werden. Bei der Beurteilung dieser Massnahmen ist es wichtig festzustellen, dass es keine linken Alternativen gibt, beziehungsweise, dass solche ohne Weiteres in die Irre führen würden. Die Linke meint bekanntlich, man könne die Volkswirtschaft mit noch mehr Vorschriften, mit noch mehr Steuern und Gebühren, mit Geldverteilung nach dem Giesskannenprinzip und staatlicher Umverteilung steuern. Was dem gegenüber Not tut, sind bessere Bedingungen für eine bessere Produktivität. Wir müssen uns vom Prinzip von Keynes verabschieden und sehen, dass wir uns heute nach einem amerikanischen Wirtschaftsdenken eher aufrichten können. Wir brauchen eine Politik der Standortattraktivität, der Wirtschaftlichkeit und der Wettbewerbsfähigkeit. Wir brauchen gute

Standortbedingungen für Gewerbe, Dienstleistungsunternehmen und Exportindustrie. Dazu bedarf es der Beschränkung der staatlichen Aufgaben, der Verminderung der Steuerlast und der Umverteilung, des Gewährenlassens von Eigeninitiative und Unternehmertum.

Die Forderungen der SVP lassen sich auf 5 Punkte zusammenfassen:

1. Wir brauchen weniger Steuern und Abgaben.
2. Es müssen die Staatsaufgaben vermindert und der Staatshaushalt saniert werden.
3. Wir brauchen weniger staatliche Vorschriften und eine Verminderung der Zahl der Bewilligungsverfahren, die heute über 200 an der Zahl sein sollen.
4. Wir müssen weg vom Giesskannenprinzip und zurück auf das Notwendige im Sozialbereich.
5. Wir brauchen wieder – und das ist die Zusammenfassung – bessere Bedingungen für die Privatinitiative, Unternehmergeist und Mittelstand.

In diesem Sinne bin ich der Meinung, dass die Massnahmen, die im Bericht des Regierungsrates genannt sind, kräftig an die Hand genommen werden müssen.

Hans-Jacob Heitz (FDP, Winterthur): Als Postulant zu 3492 stelle ich fest: Im Westen, beziehungsweise im Kaspar Escher-Haus nichts Neues. Der Massnahmenkatalog im Anhang ist für mich etwas enttäuschend. Er enthält zu viele Allgemeinplätze, zuviel Geschichtsschreibung, zu wenig Prospektion. Deshalb wehre ich mich nicht gegen die Abschreibung.

Zum Geschäft 3295: Drei Sätze sind mir in die Nase gestochen. Man kann sie als Hochkonjunktursätze abtun. Es heisst hier: «Umgekehrt wird die Arbeit, so wie sie der Lebensqualität Abbruch tut, auf der Seite des Ressourceneinsatzes und der Umweltbelastung eingeordnet.» Meine Qualifikation: Schlicht pervers! Weiter findet sich das Zitat: «Oberstes Ziel der schweizerischen Wirtschaftspolitik ist es, ein stetiges, auf die Erfordernisse der Umwelt abgestütztes Wachstum bei Vollbeschäftigung und Preisstabilität (...) zu sichern.» Meine Qualifikation: Reine Illusion! Und schliesslich heisst es weiter hinten: «Effizienz ist der gemeinsame Nenner von Ökologie und Ökonomie.» Das ist auch eine Verkennung der tatsächlichen Gegebenheiten. Solche Hochkonjunktursätze stammen sicher aus der Feder von Theoretikern

und nicht von Unternehmern, die mit beiden Füßen in der Wirtschaft stehen.

Deregulierung und Globalisierung wurden mehrfach schon genannt. Das Eine bedingt das Andere. Die Unternehmer sind diesbezüglich heute in einem Stress: Auf der einen Seite bewegt sich die Wirtschaft – sie galoppiert geradezu –, gefordert von GATT, auf der anderen Seite bleiben die Politik und die Verwaltung stehen. Das ist für unsere Wirtschaft ein gefährlicher Stress.

Es wird auch in diesem Saal viel von KMU-Förderung gesprochen. Die Worte hör ich wohl, allein es fehlt an Taten. Wenn ich meine täglichen Erfahrungen mit KIGA, Handelsregister, Notariaten, Patentamt, in der Energiepolitik und so weiter zum Nennwert nehme, muss ich feststellen, dass die Verwaltung noch nicht realisiert hat, was zur Zeit in unserer Wirtschaft abläuft. Wir bekämpfen nur noch Hürden, Fussangeln, Formalismus und dergleichen. Die Wirtschaft wird nicht unterstützt, sie wird gehemmt. So geht es nicht weiter. Der Volkswirtschaftsdirektor hat mich diesbezüglich bereits mit einer Eingabe bedient. Die KMU haben zu einem grossen Teil ihre Reserven aufgebraucht. Sie kämpfen ums Überleben und sie müssen wieder atmen können. Sie brauchen Handlungsspielräume. Es sprechen heute zu viele Leute in Politik und Wirtschaft zur KMU-Förderung. Sie tun dies mit Vorliebe mit Folien und Hochglanzprospekten, ohne dass sie je ein solches Unternehmen geführt hätten. Sie haben keine Ahnung was es heisst, das private Vermögen im Unternehmen gebunden zu haben. Sie wissen nicht was es heisst, ohne Stäbe zu führen, und sie stehen nicht täglich im Spannungsfeld von Kreditgeber, staatlichen Fussangeln, Bedürfnissen der Mitarbeiter, Gewerkschaften, Markt, Preis und dergleichen. Mich erinnern solche selbstberufene KMU-Therapeuten immer mehr an unsere gescheiterte Gesundheitspolitik. Wir müssen uns bewegen, denn wer stehenbleibt, wird unkontrolliert bewegt und von der Wirtschaft schliesslich entsorgt. Straffheit und Mut sind gefordert. Es gilt auch zu vernetzen. Ich habe Herrn Niederbacher diese Anregung schon gemacht – aber jetzt ist er von der Tribüne geflohen. Es wäre sicher denkbar, wenn man unsere Universität weltweit mit Top-Universitäten vernetzt, und zwar nicht nur technisch, sondern im Sinne des Know-How-Transfers und des Personal- und Studentenaustauschs. Dies könnte man rasch machen, hierfür bräuchte es auch keine Gesetze. Der Staat soll so oder so keine aktive Wirtschaftspolitik betreiben, er soll sich subsidiär verhalten, er soll Handlungsspielraum und Freiräume schaffen, damit sich die

Unternehmen wieder bewegen können. Deshalb braucht er auch keine Gesetze, wie sie die CVP mundgerecht machen will. Gesetze sind tödlicher Beton für unsere Wirtschaft, für unsere Unternehmen. «Lifere statt lafere» muss das Motto sein.

Bei der Sozialpartnerschaft – leider sind dessen Vertreter nun auch geflohen – bestehen auch Ansätze. Diese braucht nämlich neue Inhalte. Ich fasse zusammen: More pepper, less paper!

Heidi Müller (Grüne, Schlieren): Ich spreche zur Parlamentarischen Initiative Portmann und zur Motion Dürr.

Die CVP gehört doch zu jenen, die sich laufend gegen neue Gesetze aussprechen. Nun fordert die Parlamentarische Initiative Portmann selber ein solches Gesetz, das meines Erachtens nicht einmal etwas bringt. Die erwähnten Punkte werden zum grössten Teil bereits abgedeckt oder können dem Staat nicht zusätzlich aufgebürdet werden. Für die Wirtschaftsförderung brauchen wir kein neues Gesetz, sondern Effizienz in der Verwaltung oder in der Koordinationsstelle für Wirtschafts- und Europafragen. Im Katalog der Initianten fehlt zum Beispiel die Beteiligung der Wirtschaft, was für mich unerlässlich wäre. Es kann nicht die Meinung sein, dass wir zum Beispiel ein kantonales Amt für Wirtschaftsförderung aufbauen, das ein Eigenleben führt und zu stark abgekoppelt von den Wirtschaftskreisen ist. Diese Gefahr bestünde nämlich durchaus. Die Parlamentarische Initiative Portmann ist überflüssig und bietet bestimmt keinen Beitrag zur Frage der Wirtschaftsförderung. Einige der aufgeführten Punkte sind in der Kommission bereits besprochen worden, andere sehen ihrer Verwirklichung entgegen und andere können in einem Gesetz gar nicht abgehandelt werden. Es werden zudem finanzielle Beteiligungen und Beiträge sowie Garantieleistungen des Staates verlangt. Ob der Kanton, respektive die Steuerzahlerinnen dies tun sollen, darüber lässt sich streiten. Es gibt Regionen, wo Beiträge und Garantien an junge Unternehmen auf privater Basis geregelt werden. Ich denke beispielsweise an die OBTG. Zudem bin ich der Auffassung, dass gerade in diesem Bereich die Banken ihre volkswirtschaftliche Aufgabe nicht vernachlässigen dürfen. Es ist erfreulich, dass in den letzten Wochen zwei namhafte Bankinstitute bekanntgegeben haben, dass sie einen Fonds für Risikokapital errichten, nämlich der Bankverein mit 50 Millionen Franken und die ZKB mit 15 Millionen Franken.

Der Vorstoss ist vielleicht gut gemeint, trägt zur Lösung aber nichts bei. Die Grünen werden die Initiative auch vorläufig nicht unterstützen. Wir wollen damit vermeiden, dass erneut eine Kommission gebildet wird, die die gleichen Fragen noch einmal durchkaut und zudem viel Sitzungsgelder kostet.

Aus ähnlichen Gründen werden wir auch die Motion Dürr betreffend Förderung von KMU nicht unterstützen. Wie die Regierung in ihrer Antwort aufzeigt, wird und wurde einiges für die KMU getan. Sie sagt aber zurecht, dass eine allzu grosse Bevorzugung einzelner Branchen und Unternehmen nicht sinnvoll ist. Da kann ich ihr nur beipflichten. Denken wir doch nur einmal daran, wie in Krisenzeiten die Bauwirtschaft immer wieder bevorzugt wurde, mit dem Resultat, dass dieses künstliche Hochpäppeln letztlich zu schmerzhaften Strukturbereinigungen, die unnötig gewesen wären, zwingt. Ich bin für eine angemessene Förderung der KMU, diese ist dringend notwendig. Gerade sie bringen nämlich viel innovative Kräfte, können schneller reagieren, in Nischen springen und schaffen Arbeitsplätze. Es muss aber nota bene eine umwelt- und sozialverträgliche Förderung sein. Ein neues Gesetz brauchen wir dafür aber nicht.

Die Grünen werden also beide CVP-Vorstösse nicht unterstützen.

Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich): Mit Freude stelle ich fest, dass wir alle die gleichen Schlüsse betreffend unserer Wirtschaftssituation ziehen und darüber, was wir zu tun hätten. Darüber wie wir es machen sollen, werde wir uns aber scheinbar nicht einig. Sie vertrauen darauf, dass es die Regierung mit der Verwaltung tut, wir glauben das nicht mehr. Sie vergeben eine Chance, das selber in die Hand nehmen zu können.

Eines möchte ich aber noch anbringen: Wenn Sie sagen, dass diese Aufgaben den Banken, der Privatwirtschaft und so weiter übertragen werden muss, so denken Sie daran, dass Banken und Privatwirtschaft nicht vom Volk gewählt wurden. Wir aber wurden vom Volk gewählt, und wir haben in erster Linie vorzuzeigen, was Volkswirtschaft heisst. Dann können wir hoffen, in der Wirtschaft Partner zu finden. Diesen Weg wollen Sie nicht gehen, ich bedaure es, nehme es aber zu Kenntnis.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Ich konnte vorhin meine Erläuterungen zur Vorlage 3295 abgeben. Aus zeitlichen Gründen war

es mir nicht möglich, zu den Vorstössen Stellung zu nehmen. Ich will dies nun in der gebotenen Kürze nachholen.

Dass die Wirtschaft gefördert werden muss, ist uns allen klar. Doch sind wir uns über das Wie nicht einig. Tatsächlich muss man sich fragen, was eine gesetzliche Regelung einer Wirtschaftsförderung denn soll. Auf diese Weise wird der Staat Verpflichtungen auf sich nehmen. Das wird auch bedingen, dass in gewissen Fällen auch finanzielle Mittel ausgerichtet werden müssen. Bei einem Staat, der selber schon tiefrote Zahlen schreibt. Hier stellt sich also einmal die Frage, woher das Geld genommen werden soll. Dann stellt sich auch die Frage, wenn es darum geht, irgendwelche Unternehmen zu unterstützen, die vielleicht die gleichen Voraussetzungen haben, welches dieser zwei Unternehmen dann unterstützt werden soll. Trotz aller Gerechtigkeit, die da gepflegt würde, wären der Ungerechtigkeit Türe und Tore geöffnet. Aus diesem Grunde sind wir von der EVP der Ansicht, dass die Parlamentarische Initiative der CVP-Kollegen zwar gut gemeint ist, aber sicher nicht ein Mittel darstellt, um das Problem zu lösen.

Dann wurde auch noch die Motion betreffend der Förderung von KMU eingereicht. Die Antwort hat die Regierung zur Vorlage 3295 geliefert, wir haben diese Antwort in der Kommission auch erarbeitet. Nicht nur auf kantonaler Ebene – es gibt immerhin auf Seiten 4 bis 6 eine lange Liste der Massnahmen, die getroffen werden und der Projekte, die noch offen sind –, auch auf Bundesebene wird die administrative Entlastung von KMU als eines der Legislaturziele bezeichnet. So sollen Eingaben schneller erledigt werden, Zollämter länger offen sein, eine pauschale Mehrwertbesteuerung für Umsätze bis 1,5 Millionen Franken eingeführt werden und auch eine bessere Koordination in der Verwaltung angestrebt werden. Auch auf dieser Ebene wird also einiges unternommen. Hier müssen wir sagen, dass wir keine zusätzlichen Gesetze brauchen, damit Massnahmen unternommen werden. Was wir brauchen, ist ein Umfeld für die Wirtschaft, damit sich diese gut entwickeln kann. Es geht doch nicht um neue Gesetze, im Gegenteil, es geht darum, dort wo es bei bestehenden Gesetzen machbar ist, allzu beschränkende Bestimmungen abzuschaffen. In diesem Sinne werden wir weiterarbeiten und diese Vorstösse nicht unterstützen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Obwohl ich meinte, mich klar ausgedrückt zu haben, wurde ich offensichtlich missverstanden. Ich habe in meiner Motion klar gesagt, dass es nicht darum geht, ein neues Gesetz zu

schaffen. Vielmehr habe ich formuliert, es seien gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Das heisst im Klartext, es seien all jene Gesetze durchzuforschen, die heute der Prosperität der KMU hinderlich sind. Das, und nichts anderes habe ich verlangt. Wenn man das nämlich konsequent, und vor allem beschleunigt, tun würde, gäbe es erheblich weniger oder reduzierte Gesetze, doch keine neuen, so denke ich.

Ein Teil der FDP hat den Vorschlag gemacht, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich könnte mich damit einverstanden erklären, damit das Thema wenigstens auf der Traktandenliste, beziehungsweise im Gespräch, bleibt und dieses wichtige Thema nicht in Vergessenheit gerät.

Regierungsrat Dr. Ernst Homberger: Ich habe der Debatte aufmerksam zugehört. Ich gebe zu: Wenn der Regierungsrat diese Vorstösse zum jetzigen Zeitpunkt beantworten müsste, würden die Antworten wahrscheinlich etwas anders ausfallen. Bei der Vorlage 3295 gehen die Antworten auf Anfang 1990 zurück, bei 3492 sind sie fast 18 Monate alt. Heute Nachmittag hatte man manchmal den Eindruck, die Wirtschaft sei auf Unternehmer oder Arbeitgeber beschränkt. Meine Damen und Herren, wir alle, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, freiberuflich Tätige, Jugendliche und Senioren, Konzerne, KMU, Einzelunternehmen aus allen Branchen, Bildungsstätten, die ganze Verwaltung und die Betriebe der öffentlichen Hand gehören zur Wirtschaft. Damit tragen wir alle zusammen auch Verantwortung für die Zeit, in der wir stehen. Nach einer 40jährigen Periode des Wachstums und der Vollbeschäftigung erleben wir derzeit eine langanhaltende Rezession mit Arbeitslosenzahlen, die für unser Land unerwartet hoch und deswegen wohl auch zum wichtigsten Problem unserer Zeit geworden sind.

Konnte früher der Strukturwandel einzelner Branchen, wie der Textilbranche, der Landwirtschaft, der Uhrenbranche und anderer, durch den damals überproportional wachsenden Dienstleistungssektor oder durch die stark expandierende Baubranche aufgefangen werden, sehen sich diese heute selber in akuten Anpassungsschwierigkeiten und Redimensionierungen. Sie können also nicht mehr als Auffanggefässe regulierend wirken. Andere Branchen, die ein überdurchschnittliches Wachstum aufweisen würden und die Lücke schliessen könnten, sind nicht vorhanden. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich der aus der Hochkonjunktur stammende politische Widerstand gegen neue

Technologien deutlich auszuwirken beginnt. Viele dieser zukunftsweisenden Arbeitsplätze sind wegen der politischen Unsicherheit – Unternehmer mussten sich fragen: «Darf ich? Was darf ich? Wann darf ich eventuell?» – längst ins Ausland verlegt worden. Gerade deshalb werden alle Konzepte und Gesetze scheitern, weil selbst eine gute Verwaltung mit der raschen Entwicklung beim besten Willen nicht mithalten kann und mit ihren Entscheidungen immer zu spät kommen wird. Dennoch bleibt unbestritten, dass der Kanton Zürich mit seinem über die Kantonsgrenzen hinausreichenden Wirtschaftsraum und seiner gut ausgebauten, intakten Infrastruktur nicht nur innerhalb der Schweiz sondern auch in einer weiteren Region Europas eine Führungsrolle innehat.

Die in der Zürcher Wirtschaftsstudie gemachten Feststellungen, wonach der Wirtschaftsraum Zürich bei verschiedenen, die Qualität des Wirtschaftsstandorts bestimmenden Faktoren nach wie vor eine Spitzenposition einnimmt, stimmen weitgehend auch heute noch. Wenn man die Kaufkraftparitätswechselkurse der OECD als Basis nimmt, nimmt die Region Zürich bezüglich Bruttoinlandprodukt pro Arbeitsplatz nach wie vor eine Spitzenstellung ein.

Dieses Resultat täuscht aber und darf nicht isoliert betrachtet werden. Wir dürfen uns damit auch nicht brüsten. Es ist nicht zu übersehen, dass sich in den letzten Jahren das Bruttoinlandprodukt pro Arbeitsstunde wesentlich verschlechtert hat.

Zur Zeit ist eine Folgestudie, die verschiedene Standorte miteinander vergleichen will, bei der BAK in Basel in Arbeit. Auch wenn noch keine gesicherten Ergebnisse vorliegen, dürfte sich die Situation für den Wirtschaftsstandort Zürich seit der Erstellung der Zürcher Studie nicht verbessert haben. Zwar bleibt die Arbeitslosigkeit, die mit rund 5,4 Prozent für unsere Verhältnisse sehr hoch ist, im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen unter dem Durchschnitt. Aber der wirtschaftliche Aufschwung stagniert, was gerade an den immer noch zunehmenden Arbeitslosenquoten festgestellt werden kann. Dies steht ganz im Gegensatz zu den meisten ausländischen Konkurrenzstandorten, bei denen eine Verbesserung, das heisst ein wirtschaftlicher Aufschwung mit entsprechendem Wachstum festgestellt werden kann.

Mit einem Seitenblick auf die Motion Dürr möchte ich festhalten, an welchem Standort neue Arbeitsplätze entstehen, entscheiden nicht etwa Behörden, auch mit den besten Plänen und Konzepten nicht, oder irgendwelche Gremien, sondern jene Unternehmer oder jene

Unternehmensleitungen, die sich im Markt erfolgreich behaupten können. Das bedeutet, dass der Wirtschaftsraum Zürich seine Position nur halten kann, wenn er wettbewerbsfähig bleibt. Und es bedeutet, dass die Behörden des Kantons, soweit sie zuständig sind – sie sind nicht für alle Fragen abschliessend zuständig –, Rahmenbedingungen schaffen müssen, die es den einzelnen Unternehmen und damit der Wirtschaft erlauben, mit gleich langen Spiessen kämpfen zu können wie die Konkurrenz.

Betrachtet man innerhalb der Wirtschaft die Unternehmungen, stellt man unschwer fest, dass sich die Exportwirtschaft wesentlich schneller und besser an die veränderten Verhältnisse angepasst hat als die Binnenwirtschaft. Es scheint für viele im Binnenmarkt tätige Firmen schwierig zu sein, sich rechtzeitig vom bisher geschützten Heimmarkt zu lösen und an die Herausforderungen des globalen Marktes anpassen zu können. Hierin liegt ein wesentliches Problem, weil die Strukturbereinigung in diesen Branchen eben zuerst negative Folgen aufweisen wird, bevor sich wieder neues bilden und entwickeln kann. Wenn es nicht gelingt, über alle Parteigrenzen hinweg das Schwergewicht der Anstrengungen von der Besitzstandsverteidigung weg und hin zum Markt, zur längst fälligen Deregulierung und zu neuen zukunftssträchtigen Technologien zu verlagern, wird der Zustand der Lethargie weiterhin anhalten.

Die Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet werden, dass die Chancen für alle steigen – nicht nur für jene, die schon in zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen beheimatet sind, diese haben meistens keine Schwierigkeiten. Wir müssen uns auch für jene verantwortlich fühlen und für jene sorgen, die eben bis jetzt nicht die Gelegenheit hatten, in solchen Arbeitsplätzen unterzukommen.

Die Devise muss lauten: Besser, günstiger, schneller, markt- und kundenorientierter. Das gilt in gleichem Masse sowohl für die Wirtschaft als auch für die Verwaltung. Der Regierungsrat hat mit seiner Verwaltungsreform die ersten Schritte bereits eingeleitet. Reformen brauchen jedoch Zeit. Und müssen dabei noch Gesetze geändert werden – selbst wenn sie nur abgeschafft werden müssen –, braucht es sehr viel Zeit.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum EWR und den bilateralen Verhandlungen, weil dies Rahmenbedingungen sind, die wir selber von der Kantonsregierung kaum bis gar nicht beeinflussen können. Der Wirtschaftsraum Zürich sowie exportierende Firmen in diesem Raum

bekommen die Folgen des EWR-Neins besonders stark zu spüren. Erwähnen möchte ich speziell, weil wir in diesem Rat sicher noch bei der Beantwortung von Interpellationen darüber diskutieren werden, dass die SAirGroup, die sich seit Inkrafttreten der Achten Freiheit am 1. April dieses Jahres einem noch viel härteren Wettbewerb ausgesetzt sieht und dieser Situation kaum mehr mit eigenen Massnahmen und Aktivitäten entgegentreten kann, also ausgeliefert ist. Das ist weder im Interesse des Kantons noch im Interesse des Wirtschaftsstandortes Zürich und schon gar nicht im Interesse des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Sicher ist die derzeit allgemein schwierige wirtschaftliche Lage nicht allein auf das EWR-Nein zurückzuführen, solches zu behaupten wäre zu einfach. Je länger der Isolationszustand jedoch anhält, desto stärker kommen die Nachteile zum Vorschein. Und das Bewusstsein, dass diese Nachteile nicht von heute auf morgen verändert werden können, belastet die angespannte Situation zusätzlich. Da kann die Regierung relativ wenig beistehen. Ich hoffe, dem Bundesrat wird es gelingen, die bilateralen Verhandlungen rasch und auch für uns positiv unter Dach zu bringen. Da hat die Regierung vielleicht noch etwas Stosskraft, um einzuwirken.

In seiner Stellungnahme zur Motion Dürr hat der Regierungsrat Auskunft darüber erteilt, was er, soweit er überhaupt zuständig ist, zur Verbesserung der Situation für KMU unternehmen wird. Wir gehen in diesem Fall sehr pragmatisch vor, weil wir Resultate und nicht Papiere produzieren möchten. Ende Mai wird sich der Gesamtregierungsrat mit Vertretern von KMU zusammensetzen und mit ihnen diskutieren, um herauszufinden, wo wir ihnen am raschesten helfen können.

Mit einem speziellen Programm unter dem Titel «Agenda für morgen» hat auch der Bund das Thema KMU zu einem Legislaturziel erklärt. Das Problem ist einfach, dass alle diese Massnahmen und diese Programme den KMU noch keine Aufträge sichern. Wie bei unserem kantonalen Programm steht auch beim Bund eine Verkürzung der Behandlungsfristen für Gesuche zu oberst auf der Liste, ebenso eine wesentliche administrative Entlastung durch die Erhöhung der Umsatzlimite auf 1,5 Millionen Franken für die pauschale Abrechnung der Mehrwertsteuer, längere Öffnungszeiten am Zoll, um den grenzüberschreitenden Verkehr zu verbessern und andere mehr.

Auch der Regierungsrat sieht im Schwerpunkt in der Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsverfahren und den damit

zusammenhängenden Verwaltungsabläufen sein erstes Ziel. Zur Zeit wird ein Bericht zur überwiesenen Motion Dürr «Reduktion der Bewilligungsverfahren», bei der es um eine Durchforstung der bestehenden Bewilligungen geht, erarbeitet. Die Realisierung erweist sich allerdings als nicht so einfach, da bei einer sehr grossen Zahl der heute zu erteilenden Bewilligungen ein Bundesgesetz die Grundlage bildet. Die Beschleunigung und Koordination der Bewilligungsverfahren wird im Rahmen der Grundsätze der Standortmarketingpolitik bearbeitet. Diese Standortmarketingpolitik haben wir aufgebaut, Herr Niederbacher hat hier in der kurzen Zeit, während der er bei uns ist, schon sehr viel dazu beigetragen. Der grösste Teil unserer Tätigkeit dient eigentlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen. Das heisst, dass wir die Hausaufgaben anpacken, die wir bis jetzt noch nicht gelöst haben. Nur ein kleiner Teil wandert in die Promotion, die es eben auch braucht, damit man überhaupt zur Kenntnis nimmt, dass ein Wirtschaftsstandort Zürich und ein Wirtschaftsraum Zürich auf dieser Welt existiert. Die andern warten nämlich nicht, wir müssen uns auch etwas publik machen.

Eine weitere Säule, die mir sehr wichtig erscheint, ist das Controlling. Wir messen dem Controlling eine grosse Bedeutung zu, da wir nur damit feststellen können, was sich verändert hat.

Wer sind in diesem Standortmarketing denn unsere Zielkunden? Es sind vor allem die ansässigen Firmen. Wir haben ein grosses Interesse daran, Firmen, die bei uns sind, nicht zu vergraulen und sie wegziehen zu lassen, sondern sie bei uns zu behalten; KMU, Jungunternehmer, High-Tech-Firmen. Für ansiedlungswillige Firmen möchten wir ein Infocenter errichten, das es den Unternehmern erlaubt, rasch zu den notwendigen Bewilligungen zu kommen, um ihre Tätigkeit aufzubauen.

Dazu gehört aber auch Rechtssicherheit. Wenn ich von Rechtssicherheit spreche, meine ich die Planungssicherheit. Ein Unternehmer muss wissen, wenn er eine Firma aufbaut, wie rasch und was er bauen darf und in welchem Zeitpunkt er seine Fabrik überhaupt in Betrieb nehmen kann. Wenn er diese Faktoren nicht kennt, wird er wegziehen. Hier liegt vor allem auch in der Raumplanung ein wesentlicher Faktor. Wenn keine gültigen Bau- und Zonenordnungen vorhanden sind, ist es für einen Unternehmer nicht interessant zu investieren, weil er ja nicht weiss, ob er das, was er sich vorstellt, überhaupt realisieren kann.

Ein weiteres Problem liegt daran, dass man Standortmarketing nur effizient betreiben kann, wenn das Produkt stimmt. Dies ist für den Wirtschaftsraum Zürich nicht durchwegs der Fall. Zwar verfügt unser Wirtschaftsraum über sehr viele Stärken, die auch nach aussen hin besser kommuniziert werden können.

Ich habe über die Deregulierung, über die Verbesserung der Verwaltungsabläufe bereits gesprochen. Was unbedingt noch verbessert werden muss, ist die Wirtschaftsfreundlichkeit. Unternehmer müssen spüren, dass sie willkommen sind und müssen ihre Zukunft verlässlich planen und sich den ständig wandelnden Wettbewerbsbedingungen anpassen können. Dies gilt natürlich nicht nur für Neuansiedler sondern ebenso für Unternehmer und Unternehmungen, die bereits im Wirtschaftsraum Zürich etabliert sind, und die wir nicht verlieren möchten.

Ich möchte noch ein Wort zur Berufsbildung sagen: Die Berufsbildung ist im Umbruch, und wir stehen vor einem Problem, einen Lehrlingsüberhang zu haben oder einen Mangel an Lehrstellen. Der Regierungsrat hat an einer der letzten Sitzungen ein 13-Punkte-Programm verabschiedet. Ich möchte Ihnen einige wichtige Punkte daraus zitieren: Wir wollen die Information über den Lehrstellenmarkt verbessern, eine flexible und kreative Lehrstellensuche ermöglichen, auch mit der Aktion «Häschi kei Stiffti», die sich letztes Jahr sehr gut bewährt hat, weiterfahren. Wir möchten regionale Ausbildungsformen unterstützen, neue Lehrbetriebe angehen, und zwar konkret, aber dafür haben wir unsere Lehrbetriebsinspektoren eingesetzt, die den Unternehmungen, die nicht ausbilden, einzeln nachgehen und diese bearbeiten, ob sie nicht eine oder mehrere Lehrstellen zur Verfügung stellen könnten, auch solche, die mit der Lehrlingszahl zurückgegangen sind – man kann sie nicht überall wieder aufstocken, schliesslich müssen die Arbeitsplätze gesichert und die Ausbildung gewährleistet sein. Wir möchten die Vorlehre neu positionieren, Anlehrklassen für Baupraktiker in der Fachrichtung Malerei kreieren. Ich glaube, wir kommen auch zu einem Punkt, wo wir vielleicht auch in der Berufsbildung eine obere Klasse und eine einfachere Klasse bilden müssen, um überhaupt alle Ausbildungswilligen unter zu bringen. Nicht zuletzt werden wir neue Lehrberufe schaffen, dies auch in Zusammenarbeit mit der Industrie, und die Ausbildung von Hotelfachassistentinnen an Spitälern und Altersheimen fördern. Dies soll neue Lehrstellen geben, die uns helfen, die Probleme zu überwinden.

Mit diesem Geschäft werden Sie noch einen Nachtragskredit zu bewilligen haben. Ich habe aber bei der Regierung die Zustimmung erhalten, dass ich mit den Arbeiten sofort beginnen kann, weil wir im Sommer, wenn Sie den Nachtragskredit bewilligt haben, jenseits von Gut und Böse sind und nichts mehr bewirken könnten. Wir müssen jetzt handeln!

Welche weiteren Massnahmen und Aktivitäten zur Zeit vom Regierungsrat noch bearbeitet werden, konnten Sie in den verschiedenen Unterlagen finden, ich möchte darauf nicht weiter eingehen.

Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrates und in Übereinstimmung mit der Kommission, die Postulate KR-Nr. 191/1988, 330/1992, 331/1992, 125/1993 und 174/1995 abzuschreiben und die Motion Dürr nicht zu überweisen. Zur Parlamentarische Initiative kann ich keine Bemerkungen machen, das ist ein Geschäft, das ganz in Ihrer Kompetenz liegt.

Schlussabstimmungen

Der Kantonsrat beschliesst mit 101:1 Stimmen, dem Antrag von Regierungsrat und vorberatender Kommission gemäss Vorlage Nr. 3295 zuzustimmen und das Postulat KR-Nr. 191/1988 als erledigt abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.

Der Kantonsrat beschliesst mit 97:0 Stimme, dem Antrag von Regierungsrat und vorberatender Kommission gemäss Vorlage Nr. 3492 zuzustimmen und die Postulate KR-Nr. 330/1992, 331/1992, 125/1993 und 174/1995 als erledigt abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.

Für die vorläufige Unterstützung der Parlamentarische Initiative stimmen 38 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Esther Holm: Herr Dürr hat die Motion in ein Postulat umgewandelt, wir stimmen also über das heutige Geschäft Nr. 21 als Postulat ab.

Der Kantonsrat beschliesst mit 41:35 Stimmen, die Motion KR-Nr. 213/1996 in Form eines Postulats dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Parlamentarische Vorstösse

- Motion *Peter Grau (SD, Zürich)* und *Hans Rudolf Metz (SD, Regensdorf)* betreffend Massnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich.
- Motion *Peter Grau (SD, Zürich)* und *Hans Rudolf Metz (SD, Regensdorf)* betreffend Erhebung einer Sondersteuer auf Flugtreibstoff für Linien-, Charter-, Geschäfts- und Privatflugverkehr zur Finanzierung des Flughafenbaus und zur Rückzahlung des Kredites an den Kanton Zürich.

- Motion *Hans-Peter Portmann (CVP, Zürich)* und *Peter Biemann (CVP, Zürich)* betreffend ständige Wirtschaftskommission.
- Motion *Peter Stirnimann (SP, Zürich)* und *Dr. Anna Maria Riedi (SP, Zürich)* betreffend eine weitere Flexibilisierung des vorgezogenen freiwilligen Altersrücktritts.
- Postulat *Vilmar Krähenbühl (SVP, Zürich)* und *Alfred Rissi (FDP, Zürich)* betreffend Redimensionierung der Autobahn A1 in der Grünau (Stadt Zürich).
- Postulat *Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil)* und *Dr. Ruedi Aeschbacher (EVP, Zürich)* betreffend Einrichten eines kantonalen Velophons.
- Dringliche Interpellation *Dr. Ruth Gurny (SP, Maur)* und Mitunterzeichnende betreffend Massnahmen der ED zur Realisierung des Gleichstellungsgebotes von kommunalen und privaten Heimen.
- Anfrage *Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf)* betreffend Einführung einer differenzierteren Überprüfung der Unterrichtsqualität an der Volksschule durch verstärkten Einbezug von Mitgliedern der Gemeindegulpflegen.
- Anfrage *Michel Baumgartner (FDP, Rafz)* betreffend 10. Schuljahr.
- Anfrage *Roland Brunner (SP, Rheinau)* betreffend Ausschöpfung des Rahmenkredites für Wiederbelebungsmassnahmen an Fliessgewässern.
- Anfrage *Franz Cahannes (SP, Zürich)* betreffend Lehrlingsbeiträgen an den Berufsschulen.
- Anfrage *Ruth Genner (Grüne, Zürich)* und *Esther Holm (Grüne, Horgen)* betreffend der Verwendung von Krähenkastenfallen.
- Anfrage *Helen Kunz (LdU, Opfikon)* betreffend automatisches Fahrgaszählssystem (AFAZ).
- Anfrage *Peter Reinhard (EVP, Kloten)* betreffend Nachtflugangebote und Einhaltung des Nachtflugverbots.
- Anfrage *Werner Scherrer (EVP, Uster)* betreffend obligatorische Volkswahl von Ämtern der Gemeinde- und Bezirksverwaltungen.
- Anfrage *Daniel Schloeth (Grüne, Zürich)* betreffend Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzeptes.
- Anfrage *Christoph Schürch (SP, Winterthur)* betreffend Revision des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz).

7518

- Anfrage *Karl Weiss (FDP, Schlieren)* betreffend Ablauf und Prüfung der Vernehmlassungen zur Spitalliste.

Schluss der Sitzung: 17.30 Uhr

Zürich, den 7. April 1997

Die Protokollführerin:
Gabrielle Keller

Vom Büro des Kantonsrates in seiner Sitzung vom 29. Mai 1997 genehmigt.